

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 8 · 40. Jahrgang · 14. Wahlperiode · 9.9.2009

Investieren und sanieren S. 4

Die Kommunen sollen mit ihren Investitionen vor Ort den Weg aus der Wirtschaftskrise weisen. Aber zündet das Programm? Und wer ist Urheber der Idee? Eine kontroverse Debatte im Landtag.

Reden und handeln S. 9-13

Klimaschutz: Ein Thema für Gipfeltreffen auf Welt- und Europalebene. Aber auch der Landtag NRW nimmt seine Möglichkeiten ernst und diskutiert engagiert über die besten Lösungen.

Erfahren und lernen S. 16-17

Jugend trifft auf Politik: Ein Schnellkurs in Demokratie begeisterte 187 junge „Abgeordnete“. Auch der 2. Jugend-Landtag war ein voller Erfolg: von Politikverdrossenheit keine Spur.

Surfen und chatten S. 19

Im Internet finden Jugendliche auch Gewalt und Pornografie. Deshalb sind Urteilsvermögen und Medienkompetenz unerlässlich. Sachverständige sehen Eltern und Schulen gefordert.

Klimapolitik

Was zeigt das Barometer?

Eine Aufgabe im Hier und Jetzt

Klimaschutz – eine Aufgabe, die inzwischen, egal von welcher politischen Seite, für wichtig gehalten wird. Weil aber der Kampf gegen den Klimawandel nur global und gemeinsam gelingen kann, es lange dauert, bis Erfolge erkennbar sind, und selbst größte Anstrengungen den Klimawandel zwar abmildern, aber nicht mehr gänzlich umkehren können, erscheint das Thema zuweilen abstrakt oder in weite Ferne gerückt. Umso mehr kommt es darauf an, diese Herkulesaufgabe unserer Zeit mit konkreten Etappenzielen zu versehen, das Ziel genau zu definieren und im Auge zu behalten.

Gleichzeitig mahnen Forscherinnen und Forscher zur Eile, um überhaupt noch etwas ausrichten zu können. Allerdings stellen auch viele Menschen die Frage, ob der Klimaschutz in Zeiten der großen Wirtschaftskrise nicht gegenüber dringender erscheinenden Aufgaben zurückstehen müsse. Dieser Gratwanderung stellt sich der Landtag: Der Klimaschutz als Motor für Wirtschaft und Beschäftigung war Thema einer gemeinsamen Konferenz mit der EU-Kommission sowie einer Anhörung im Landtag.

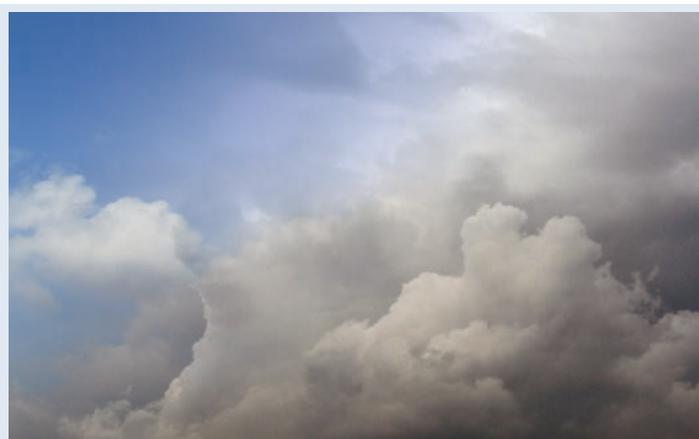
DIE EIGENE LEISTUNG

Aber Klimaschutz ist nicht nur Sache der Politik. Jeder und jede Einzelne ist gefragt, einen eigenen Beitrag zu leisten. Denn das Klimagas

Kohlendioxid entsteht nicht nur in der Großindustrie, sondern auch im Verkehr und im privaten Haushalt. Wir entscheiden selbst über unseren privaten Energieverbrauch, über unsere Anschaffungen, über unser Ernährungs- und Konsumverhalten. Wie wir uns fortbewegen, ob per Pedes, Fahrrad, Bus, Bahn, Flugzeug oder Auto – und bei diesen gibt es beträchtliche Unterschiede –, ist eine Frage, die wir selbst beantworten müssen.

Beim Klimaschutz genügt es nicht, eine Maßnahme zu ergreifen. Man muss vielfältig tätig werden. So lässt sich CO₂ durch einen geringeren Energieverbrauch, durch klimaverträglichere Energiequellen und durch Energieeffizienz einsparen. Eine sichere Speicherung des Treibhausgases gelingt gesunden Ozeanen, Wäldern, möglicherweise auch neuer Technik. Wegen dieser zahlreichen Maßnahmen sind unterschiedliche Ebenen betroffen, von der globalen über die europäische, deutsche wie nordrhein-westfälische, die kommunale bis hin zu unserer persönlichen. Es gilt, auf all diesen Ebenen am Klimaschutz zu arbeiten. Deshalb ist es gut, dass auch der Landtag sich mit konkreten Fragen des Klimaschutzes auseinandersetzt. Die einzelnen Aufgaben klingen technisch – Energiemix, CO₂-Endlagerung, Gebäudesanierung –, müssen aber diskutiert und gegebenenfalls dann angegangen werden, eben weil sie konkrete Auswirkungen auf unsere Lebensgrundlage und die der nachfolgenden Generationen haben.

SOW



Schwerpunkt: Klimaschutz

Klimaschutz und Kohlendioxid: ein heißes Thema	9
Schlag auf Schlag	10-11
„Gemeinsam statt einsam“	12
Weniger Heizkosten, sichere Jobs, mehr Klimaschutz	13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die VVA Kommunikation GmbH · Abo- und Leserservice · Postfach 105153 · 40042 Düsseldorf · Sabrina Gebhard · Telefon: (0211) 7357-155 · Fax: (0211) 7357-891 · E-Mail: leserservice@vva.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

(Hoch-)Schule: Bildungsstreik erreicht den Landtag	3
Konjunkturpolitik: Kommunale Investitionen im Widerstreit	4
Verfassungsschutz: Sichtweisen zur Sicherheit	5
Landesbank: Neubewertung mit Folgen	6
Innenpolitik: Waffen im Visier	7
Migration: Chance und Herausforderung	8

Aus den Ausschüssen:

Meldungen	18
Jugendschutz: Meinungen zum Medienkonsum	19
Gesetzgebung	14
Nach der Wahl ist vor der Wahl	15
Demokratie hautnah miterlebt	16-17
Aus den Fraktionen	20-21
Buchbesprechung	22
Porträt: Helene Hammelrath (SPD)...	23
FCL, Impressum	23
Termine	24

Bildungsstreik erreicht den Landtag

Opposition fühlt sich bestätigt, CDU und FDP verteidigen ihre Politik

25. Juni 2009 – In einer Juniwoche haben tausende Schülerinnen, Schüler und Studierende in Deutschland für ihr Recht auf Bildung protestiert. Auf Antrag von SPD und Grünen beschäftigte sich auch das Landesparlament mit den Demonstrationen, die einen Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen hatten. In Verbindung mit der von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde debattierten die Abgeordneten auch über zwei Anträge der Grünen (Drs. 14/9420 und 14/9427) zum Bildungsstreik.

Dr. Ruth Seidl (Grüne) sprach von „mehr als 50.000 jungen Menschen“, die in NRW gegen Turbo-Abitur, Kopfnoten, Studiengebühren und eine „vermurkste Studienreform“ demonstriert hätten. Die Landesregierung habe die soziale Auslese massiv verschärft. Das „hochgradig verschulte“ Studium lasse kaum Raum für „unkonventionelles Querdenken“. Selbst der Ministerpräsident wolle sich „den Vorwurf ei-

Verantwortungslosigkeit“, in die die Landesregierung die Hochschulen entlassen habe, um sich selbst möglichst weit zurückzuziehen. Wissenschaft brauche Kreativität, Wissensdurst und Engagement, betonte auch die SPD-Sprecherin. Vehement wandte sie sich gegen Studiengebühren, weil junge Akademikerinnen und Akademiker mit 5.000 Euro Schulden in ein ungewisses Berufsleben starten müssten.

Bildung sei die soziale Frage der Gegenwart, sagte Christian Lindner (FDP). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstrationen verdienen Respekt, weil sie die Debatte angeregt hätten. Eigener Einsatz sei jedoch ebenfalls wichtig, betonte er. Chancen müsse man als offene Türen verstehen, durch die der Einzelne aber selbst hindurchgehen müsse. Er warf der Opposition vor, eine bundesweite Demonstration allein auf NRW zu beziehen. Lindner bezifferte die Anzahl der am Bildungsstreik beteiligten Schülerinnen und Schüler auf 30.000, was nur einem Prozent von allen und damit keinem repräsentativen Stimmungsbild entspreche. Anders als mit Landeszuweisungen könnten die Hochschulen mit Studienbeiträgen die Lehre verbessern. Lindner verteidigte den Bologna-Prozess; die Studierenden seien zufriedener als zuvor.

Fotos: Schälte



Dr. Ruth Seidl (Grüne)

Dr. Anna Boos (SPD)

Dr. Michael Brinkmeier (CDU)

Christian Lindner (FDP)

Hochschulminister Prof. Andreas Pinkwart (FDP)

ner Ökonomisierung der Hochschullandschaft nicht selber anziehen“ und plädierte stattdessen für ein ganzheitliches, humanistisches Bildungsverständnis. Seidl forderte einen grundsätzlichen und sofortigen Kurswechsel hin zu einer Bildungspolitik ohne finanzielle Hürden und das vielgliedrige Schulsystem, dafür mit besser ausgestatteten Bildungseinrichtungen und Raum für eigenverantwortliches Lernen.

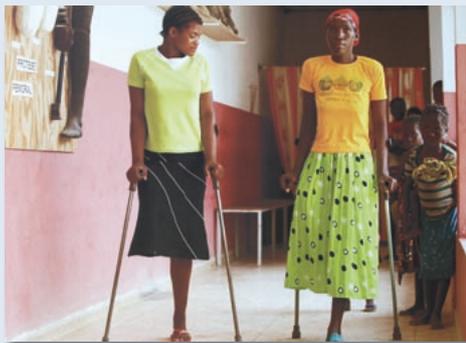
Ein landesweiter Bildungsstreik, meinte Dr. Anna Boos (SPD), zeige, in welche Bildungskrise die Regierung das Land gesteuert habe. Bei der Umstellung der Studiengänge auf Bachelor- und Master-Abschlüsse gebe es in den Hochschulen viele Baustellen, derer die Landesregierung sich nicht annehme und unter denen die Studierenden litten. Boos forderte eine inhaltliche Überarbeitung der Reform und kritisierte die „strukturierte

„Demonstrationsrecht ist eines der wichtigsten Grundrechte“, begann Dr. Michael Brinkmeier (CDU) seinen Beitrag. Beim Bildungsstreik seien allerdings drei verschiedene Gruppen von Beteiligten zu unterscheiden. Die erste bestehe aus jungen Menschen, die aufrecht und ernsthaft für ihre Interessen einstünden und die seine Fraktion auch sehr ernst nehme. Zur zweiten Gruppe – Schülerinnen und Schüler – vermutete Brinkmeier: „Ein nicht unerheblicher Teil hatte überhaupt nichts dagegen, mal ein, zwei Tage nicht im Klassenzimmer zu sitzen.“ Eine dritte Gruppe habe nicht mit dem Ziel, bessere Bildung zu erhalten, an den Demonstrationen teilgenommen, sondern um das System, den Staat zu ändern. Der CDU-Sprecher verwies abschließend darauf, dass auch in SPD-geführten Bundesländern gestreikt worden sei.

Hochschulminister Prof. Andreas Pinkwart (FDP) begrüßte es „außerordentlich“, dass Bildung mit dem Streik in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Öffentlichkeit gerückt sei. „Wir sind offen für Verbesserungsvorschläge“, sagte er zu. Mit dem Geld, was die Abwrackprämie koste, hätte man besser einkommensunabhängige Stipendien finanzieren können, fand er: „Sie investieren in alte Autos. Wir wollen lieber in junge Köpfe investieren.“ Die schwarz-gelbe Landesregierung habe die Finanzmittel für die Bildung um insgesamt 2,5 Milliarden Euro erhöht, ein Vielfaches an Betreuungsplätzen für Kleinkinder sowie 7.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und den Unterrichtsausfall wie die Sitzbleiberquote gesenkt, verwies der Minister auf die bisherigen Anstrengungen der Landesregierung in der Bildungspolitik.

SOW

Mahnung und Auftrag



Bilder aus drei aktuellen Ausstellungen des Landtags zu den Folgen heutiger Kriege.

„70 Jahre, fast ein Menschenleben, ist es jetzt her, dass Nazi-Deutschland Polen überfiel und damit den Feuersturm des Zweiten Weltkriegs auslöste, der über 50 Millionen Menschen das Leben kostete. Seither steht das demokratische Deutschland mit all seinen Institutionen in der besonderen Pflicht, sich dafür einzusetzen, dass sich solche Gräueltaten nicht wiederholen. Der Landtag NRW versucht, dieser Verantwortung

gerecht zu werden, indem er der Völkerverständigung, der Zusammenarbeit wie auch der Integration der in diesem Land lebenden Menschen mit ausländischen Wurzeln einen hohen Stellenwert einräumt. In dieser Verantwortung halten alle Ausschüsse Kontakte über die Landesgrenzen hinweg, empfängt der Landtag Freunde aus aller Welt und bietet Gelegenheit für Begegnung und Austausch. Der 1. Septem-

ber 2009 ist für uns Auftrag und Mahnung, an dieser Tradition weiterzuarbeiten.“

Regina van Dinter

Regina van Dinter, Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen und Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe NRW

Kommunale Investitionen im Widerstreit

Aktuelle Stunde zur Finanzsituation in den Städten und Gemeinden

26. Juni 2009 – Stopft das kommunale Investitionsprogramm nur Löcher oder ermöglicht es Zukunftsinvestitionen? Und verdient die schwarz-gelbe Landesregierung Lob für eine gute Umsetzung oder ist es der Verdienst der schwarz-roten Bundesregierung? Das Investitionsprogramm des zweiten bundesweiten Konjunkturpakets: Zündstoff für eine kommunalpolitische Debatte.

„Mit dem Beginn der Schulferien darf keine Ruhe in den Schulen und öffentlichen Gebäuden einziehen.“ **Bodo Löttgen** (CDU) betonte mit Blick auf das kommunale Investitionspaket die Notwendigkeit zu zügigem Handeln. So seien Kindertagesstätten in Ordnung zu bringen, Schulen und Krankenhäuser energetisch zu sanieren und in kommunale Infrastruktur zu investieren. Dies sichere Arbeitsplätze im heimischen Handwerk, sei gut für die Umwelt und stärke den Standort. Anstelle der verlangten 70 Prozent habe die Landesregierung 84 Prozent der Bundesmittel an die Kommunen weitergeleitet; dies sei bundesweit Spitze. Daher begrüßte der CDU-Sprecher, dass bislang Anträge zu 1.376 Maßnahmen mit einem Volumen von 522 Millionen Euro vorlägen, von denen rund 1.163 Maßnahmen bewilligt seien.

„Die Kommunen in NRW mussten nicht lange warten.“ **Horst Engel** (FDP) betonte, dass es gelungen sei, das Zukunftsinvestitionsgesetz am 1. April 2009 einstimmig zu beschließen. Dies erlaube schnelles Handeln gegen die Folgen der

Finanzkrise. Die eine Hälfte der insgesamt 2,38 Milliarden Euro würde zu 70 Prozent gemäß der Einwohneranzahl und zu 30 Prozent gemäß der Gemeindefläche verteilt. Die Verteilung der anderen Hälfte richte sich nach den Kriterien des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Im Übrigen beteiligten sich die Kommunen erst ab 2012 an der Finanzierung des eingerichteten Fonds. Zurückzuzahlen seien weniger als zwei Prozent pro Jahr für Zins und Tilgung; damit könnten sich alle Kommunen, unabhängig von ihrer Finanzkraft, am Investitionspaket beteiligen.

„Wer hat's erfunden?“ war dagegen die Ausgangsfrage von **Hans-Willi Körtings** (SPD). Es sei zwar richtig, dass die Umsetzung des Konjunkturprogramms II verwaltungsmäßig schnell auf den Weg gebracht worden sei; die Idee – insbesondere hinsichtlich der Milliardenhilfen für die Kommunen – stamme indes von Frank-Walter Steinmeier (SPD). „Wir sind für konkrete Maßnahmen anstelle nicht realisierbarer Steuerenkungsfantasien“, wandte er sich gegen ent-

sprechende Vorstellungen vor allem seitens der FDP. Außerdem habe die schwarz-gelbe Landesregierung den Kommunen seit 2005 rund 2 Milliarden Euro „aus der Tasche gezogen“. Und wenn man von den zusätzlichen 711 Millionen Euro des Landes die Mittel für Hochschulen und Krankenhäuser abziehe, blieben nur noch 77 Millionen Euro zur freien Verfügung.

„Noch ist nicht viel abgeflossen.“ **Horst Becker** (Grüne) wollte die Berichterstattung über den Stand des kommunalen Investitionsprogramms an konkreten Taten messen. Zwar unterscheide es sich von seiner Zielsetzung her positiv vom Rest des Konjunkturprogramms (bei dem insbesondere die „Abwrackprämie“ kritikwürdig sei). Dennoch konstatierte der Abgeordnete, der Anlass für die aktuelle Debatte sei wohl der Wunsch zu „offensichtlichem Selbsttöten“. Dabei habe die aktuelle Landesregierung den Kommunen doch zunächst einmal über den Anteil an der Grunderwerbssteuer und über die Krankenhausfinanzierung rund 2 Milliarden Euro entzogen und diese somit strukturell geschwächt. „Es ist nichts da, von dem die Kommunen zehren könnten“, so Becker.

„Wir haben ein Rekordtempo vorgelegt, die Bremse ist im Bundesfinanzministerium“, betonte **Innenminister Dr. Ingo Wolf** (FDP). NRW habe in seinem Umsetzungsgesetz die Verfahrensregelungen „so unbürokratisch wie möglich“ angelegt. Heute lägen bereits Anträge in Höhe von 25 Prozent der Mittel vor. In NRW jedenfalls sei es seit April in der Hand der Kommunen, so schnell wie möglich zu planen und mit der Ausführung der jeweiligen Maßnahmen zu beginnen. **Finanzminister Dr. Helmut Linszen** (CDU) ergänzte im Anschluss, die Finanzlage der Kommunen habe sich im Vergleich zum Land erkennbar besser entwickelt. CW

Sichtweisen zur Sicherheit

Opposition mahnt nach Gerichtsurteil Gesetzesnovelle an

24. Juni 2009 – Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Februar letzten Jahres die Vorschriften zur Online-Durchsuchung im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetz für nichtig erklärt hat, muss eine Gesetzesnovelle her. Während CDU und FDP betonen, bei der komplizierten Materie gehe Gründlichkeit vor Schnelligkeit, beklagen die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen eine Regelungslücke und mahnen eine Gesetzesüberarbeitung an. Kritisierend, der Innenminister bleibe untätig, hat die SPD-Fraktion nun einen eigenen Gesetzentwurf (Drs. 14/9386) vorgelegt, den die Fraktionen im Plenum kontrovers bewerteten.

CDU und FDP selbst ließen keine Ambitionen erkennen, Freiheit und Sicherheit in Einklang zu bringen, begründete **Dr. Karsten Rudolph** (SPD) die Initiative seiner Fraktion. Diese sei nötig, weil sowohl das Verfassungsschutz- als auch das Polizeigesetz in vielen Punkten „neben unserer Verfassung liegen“. Es gelte, das Spannungsverhältnis zwischen Freiheitsrechten und Sicherheitsrechten verfassungskonform und modern zu gestalten. Der Gesetzentwurf betone die Unterrichtung des Landtags sowie der Betroffenen bei heimlicher Überwachung, regele die Online-Untersuchung durch das Landeskriminalamt eindeutig und klar, führe einen durchgängigen Schutz des sogenannten Kernbereichs privater Lebensgestaltung in allen Sicherheitsgesetzen ein und stärke die parlamentarische Kontrolle.

Der Gesetzentwurf lasse die erforderliche Gründlichkeit vermissen, kritisierte **Theo Kruse** (CDU): „Sie stärken weder die grundrechtlich gewährleisteten Freiheiten des Bürgers noch die Befugnisse der Polizei bzw. des Verfassungsschutzes.“ Die CDU wolle, dass die Polizei, deren Arbeit er lobte, wieder für die öffentliche Ordnung zuständig sei. Außerdem müsse sie auch einen notfalls tödlichen Schuss abgeben dürfen, wenn sie nur damit eine gegenwärtige Lebensgefahr abwenden könne. Beide Punkte vermisse er im SPD-Gesetzentwurf. Der CDU-Politiker zeigte sich zuversichtlich, dass die Abstimmungen der Koalitionsfraktionen zu einer Novelle des Polizeigesetzes in absehbarer Zeit zum Abschluss kämen. Die Landesregierung sei nicht untätig, sondern lasse Gründlichkeit vor Schnelligkeit walten.

Nordrhein-Westfalen, sagte **Horst Engel** (FDP), verfüge im Bereich Sicherheit über einen „völlig ausreichenden Instrumentenkasten“, den man nur moderat überarbeiten müsse. Der SPD-Fraktion warf Engel daher

„Sicherheitsfanatismus und Technikwahn mit Totalüberwachung, Videokameras an allen Ecken und Abhörwanzen“ vor. Die FDP lehne eine umfassende Vernetzung und den Dateiaufbau von Nachrichtendiensten und Polizei ab, ebenso die präventivpolizeiliche Überwachung der Telekommunikation. Entsprechende Verkehrs- und Nutzungsdaten dürften nicht erhoben werden. Auch sei der Einsatz technischer Mittel, um Mobilfunkgeräte zu lokalisieren, inakzeptabel. „Freiheit schützt man nicht, indem man sie abschafft“, fasste er seine Kritik am Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zusammen.

Einen „Stillstand in der Sicherheitspolitik in NRW“ machte **Monika Düker** (Grüne) aus, seit Jahren bleibe die Landesregierung untätig. Der SPD-Entwurf leiste das, was der Innenminister „nicht auf die Reihe bekommt“, nämlich die Rechtsprechung zum Kernbereichsschutz umzusetzen. Wenn der Mensch in seiner Privatsphäre betroffen sei, habe der Staat heimliche Überwachungsmethoden zu unterlassen. Diese Regelung fehle aber in den aktuellen Sicherheitsgesetzen. Daher sei sie der SPD-Fraktion dankbar, die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf immerhin die Debatte angestoßen habe – auch wenn man an der einen oder anderen Stelle über die Ausgestaltung fachlich diskutieren könne.

Eine Reform müsse zu verfassungskonformen und bürgerrechtsorientierten Sicherheitsgesetzen führen, betonte sie.

Die Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen seien gut aufgestellt, versicherte **Innenminister Dr. Ingo Wolf** (FDP). Den polizeirechtlichen Teil des Gesetzentwurfs habe die SPD unmittelbar aus dem Bundeskriminalamtsgesetz abgeschrieben, analysierte er. Ebenso stammten weitere Teile aus dem „Setzkasten“ des Bundes. Aber „passen alle Normen für die verschiedenen Sicherheitsbehörden des Bundes eins zu eins auf die Polizei und den Verfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen?“, gab der Minister zu bedenken. Auch er plädierte für „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“. Man nehme sich die notwendige Zeit, um die Gesetze anzupassen, sagte Wolf. Bis dahin würden die anzupassenden Normen im Rahmen einer verfassungskonformen Interpretation durch Polizei und Verfassungsschutz angewandt. sow

Der Gesetzentwurf (Drs. 14/9386) wurde einstimmig an den Innenausschuss (federführend) überwiesen.



Fotos: Schälte

Dr. Karsten Rudolph (SPD)

Theo Kruse (CDU)

Monika Düker (Grüne)

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP)

Horst Engel (FDP)

Neubewertung mit Folgen

Weitere 4 Milliarden Euro Garantie für die WestLB gefordert

24. Juni 2009 – Die Erhöhung der Bürgschaft für die WestLB um 4 Milliarden Euro: eine „technische Anpassung“ oder ein „Eingriff ins Königsrecht des Parlaments“? Eine Forderung der Bankenaufsicht nach einer geänderten Berechnungsmethode, so die Regierung. Die Opposition verlangte dennoch eine Sondersitzung des Parlaments. Am Ende wurde mit Mehrheit ein Antrag angenommen, der die Landesregierung auffordert, bereits im Vorgriff auf den 2. Nachtragshaushalt – der im September beschlossen werden soll – den Garantievertrag zu unterzeichnen.

„Mit dem Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz soll das Finanzministerium zur Abgabe einer Garantie gegenüber der WestLB über 4 Milliarden Euro ermächtigt werden“, erklärte Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU). Die Garantie solle bis zur Auslagerung der betroffenen Vermögenswerte gelten. 2008 habe die WestLB kritische Wertpapiere in Höhe von 23 Milliarden Euro in die Zweckgesellschaft „Phoenix“ ausgelagert. Hierfür habe das Land eine Garantie von insgesamt 5 Milliarden Euro übernommen, von der bislang „nur“ 280 Millionen Euro in Anspruch genommen worden seien. Aufgrund verschärfter Berechnungsmethoden habe die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nun die zusätzliche Garantie eingefordert. Deren Ausfallwahrscheinlichkeit sei so gering, dass hierfür keine Rückstellungen gebildet werden müssten, so der Finanzminister.

Eine „unendliche Misserfolgsgeschichte der Landesregierung Dr. Rüttgers“. So bewertete Gisela Walsken (SPD) das Thema Westdeutsche Landesbank. Nachdem mögliche Fusionen mit den Landesbanken Baden-Württemberg bzw. Hessen-Thüringen nicht zustande gekommen seien, solle man jetzt ohne Zukunftsperspektive erneut einen Rettungsschirm beschließen, der die alte Summe nahezu verdoppele. Das

„inkompetente“ Agieren der Landesregierung gefährde die Sparkassen, während die Regierungsmehrheit ein parlamentarisches Kontrollgremium ablehne. Die Erhöhung der Garantie dürfe jedenfalls zu keiner Belastung der Risikotragfähigkeit der einzelnen Sparkassen in NRW führen, so Walsken. Und Landesbanken dürften beim Auslagern „toxischer Papiere“ nicht gegenüber privaten Banken benachteiligt werden.

„Es gibt keine veränderte Risikoentwicklung, sondern eine verschärfte Berechnungsmethode“, widersprach Christian Weisbrich (CDU) der Opposition. Es gebe auch keine Ankündigungen, dass Garantien in einem höheren Umfang beansprucht werden sollten; darum müssten nun keine zusätzlichen Rücklagen gebildet werden. Durch die neue Methode sei die Eigenkapitalquote unter vier Prozent gedrückt worden. Also müsse man „in die Zitrone“ beißen und wie gefordert handeln. Zustimmung konnte der CDU-Politiker der Forderung, dass man eine Gleichbehandlung der Sparkassen und der Privatbanken im Hinblick auf das Eigentum an der Landesbank erwarte. Ansonsten würde ja wieder eine volle Gewährträgerhaftung eingeführt. Es sei schön, wenn man in dieser Frage zu einem fraktionsübergreifenden Konsens käme.

Als eine, trotz der Größenordnung von 4 Milliarden Euro, „im Grunde genommen technische Anpassung“ bezeichnete Angela Freimuth (FDP) die geplante Erhöhung des Bürgschaftsvolumens. Die im sogenannten Phoenix-Portfolio ausgliederten Wertpapiere hätten durch die Finanzkrise „dramatisch“ an Buchwert eingebüßt. Daher habe man sie aus der Bank herauslösen müssen, erklärte die Finanzexpertin. Bei der bisherigen Garantie in Höhe von 5 Milliarden Euro sei das Land den Sparkassen dadurch entgegengekommen, dass es für 3 Milliarden Euro die alleinige Haftung übernommen habe. Wer sich der nun geforderten Erhöhung verweigere, so die FDP-Sprecherin, setze die Zukunft der Westdeutschen Landesbank aufs Spiel und riskiere einen Zusammenbruch der Finanzmärkte.

Die Art und Weise der Beratung sei „der Bedeutung des Sachverhalts und auch dem Selbstverständnis des Parlaments unangemessen“, bewertete Sylvia Löhrmann (Grüne) die Behandlung des Nachtragshaushalts im Landtag. „Sind Sie am Ende des Beratungsverfahrens, nach der Anhörung, noch frei, den Nachtragshaushalt zu verändern und anders abzustimmen?“, bezweifelte sie. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht jedenfalls halte den aktuellen Antrag offensichtlich für bindend. Es stelle sich aber die Frage, ob der Inhalt des gestellten Antrags einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standhalte. Aus Sicht der Grünen-Sprecherin ist der vorliegende Antrag keine Vorgriffsregelung, sondern ein massiver Eingriff in das Budgetrecht des Parlaments. CW

Der Gesetzentwurf zum 2. Nachtragshaushalt (Drs. 14/9380) wurde einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Der Antrag zur Vorgriffsregelung wurde mehrheitlich angenommen.

Gedenken

Auf ihrer Informationsreise in Polen (Krakau und Breslau) zu Fragen der kommunalen Selbstverwaltung besuchte die Delegation des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform auch das ehemalige Vernichtungslager Birkenau bei Auschwitz und legte am dortigen Mahnmal zum Gedenken an die Opfer der Nazi-Verbrechen einen Kranz nieder. Anschließend sprachen die Abgeordneten in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte mit zahlreichen Jugendlichen. Das Bild zeigt die Delegation unter Leitung von Edgar Moron (5. v. r.) vor dem Mahnmal. Foto: Engel



Waffen im Visier

Unterschiedliche Ansichten zum Verkauf ausgedienter Polizeipistolen

25. Juni 2009 – Rund 32.000 ausgediente Polizeiwaffen habe das Land allein in den vergangenen beiden Jahren auf dem amerikanischen Markt weiterverkauft, kritisierten die Grünen in einem Eilantrag (Drs. 14/9460). Sie forderten die Landesregierung auf, insbesondere nach dem Amoklauf in Winnenden zukünftig keine ausrangierten Dienstwaffen mehr zu veräußern, sondern diese zu vernichten. Ihr Vorschlag, entsprechende rechtliche Voraussetzungen zu schaffen, stieß im Plenum jedoch auf den Widerstand von CDU und FDP. Die Regierungsfractionen sahen keinen Anlass für gesetzliche Änderungen und verwiesen auf die Waffenverkäufe unter der rot-grünen Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode.

Foto: Schälte

„Es macht einen riesigen Unterschied, ob die Wasserschutzpolizei ein ausrangiertes Bötchen weiterverkauft oder ob 40.000 alte Polizeiwaffen in Umlauf kommen und eigentlich niemand weiß, in welche Hände sie geraten“, meinte **Monika Düker** (Grüne). Aus ihrer Sicht konterkarriere der Waffenverkauf das Ziel der Innenministerkonferenz, „die Verfügbarkeit von Schusswaffen zu begrenzen“. Nach den Amokläufen der letzten Jahre solle das Parlament selbstbewusst über die Verkäufe diskutieren und auch entscheiden. Daher laute die Forderung der Grünen an den Landtag: „Nehmen Sie doch alle diese Selbstverpflichtung der Innenministerkonferenz ernst und stoppen Sie den staatlichen Waffenhandel. Jede Waffe, die in Umlauf kommt, ist eine Waffe zu viel.“

„In der Frage der Verwertung der Altwaffen hat die neue Landesregierung nichts anderes gemacht als die alte rot-grüne Landesregierung

in den Jahren zuvor“, entgegnete **Werner Lohn** (CDU) seiner Vorrednerin. Nach einer „gewissenhaften Abwägung“ zwischen möglichen Risiken und Verkaufserlös sowie unter „sehr strengen Auflagen“ seien bis heute 37.000 alte Pistolen für rund 3,5 Millionen Euro in die USA verkauft worden. Durch diese Einnahmen ließe sich beispielsweise das Jahresgehalt von 300 zusätzlichen Polizeianwärtern finanzieren, rechnete der Abgeordnete vor. Die Verkäufe seien legal, legitim und „keinesfalls unmoralisch“. Schließlich werde keine neue Nachfrage nach Waffen erzeugt, sondern lediglich eine ohnehin vorhandene Nachfrage bedient.

Nach den Amokläufen der vergangenen Jahre müsse die Politik die Möglichkeit haben, ihr Verhalten zu ändern, erklärte **Thomas Stotko** (SPD). Zwar habe es auch unter Rot-Grün Waffenverkäufe gegeben, jedoch passe diese Praxis jetzt nicht mehr in die gesellschaftspoli-

tische Debatte. „Wer über die Verschärfung des Waffengesetzes debattiert, der kann nicht im gleichen Atemzug den privaten Waffenbesitz vergrößern, um ein dickes Geschäft zu machen.“ Die Position seines Vorredners konnte Stotko deshalb nicht nachvollziehen: „Sie sagen als Begründung: Ist ja nicht so schlimm; es ist keine Gefahr für Deutschland. Mit der Argumentation verkaufen Kriegswaffentreiber quer durch die Welt ihre Waffen, weil sie sagen: Hauptsache, bei uns passiert nichts.“

Auf Verkäufe von Polizeiwaffen zu den Zeiten von Rot-Grün blickte auch **Horst Engel** (FDP) zurück. Sein Eindruck: „Wenn Grüne abends in den Spiegel schauen, müssten sie rot sehen: Schamesröte.“ Von SPD und Grünen sei im Jahr 2003 der Vertrag zum Waffenverkauf über die bundeseigene Verwertungsgesellschaft VEBEG abgeschlossen worden. Und zuvor seien unter der sozialdemokratischen Landesregierung ausgediente Dienstpistolen unmittelbar an deutsche Waffenhändler verkauft worden. Allein in den Jahren 1983 und 1984 seien es 34.000 Dienstpistolen gewesen. Daher richtete sich der FDP-Abgeordnete an die Oppositionsfractionen: „Sie sollten sich hier nicht heuchlerisch wie eine Pharisäerin oder wie ein Pharisäer auführen, Sie sollten sich was schämen.“

Das Thema habe überhaupt nichts mit den aktuellen Beschlüssen der Innenministerkonferenz zum Schutz vor Waffenmissbrauch zu tun, machte **Innenminister Dr. Ingo Wolf** (FDP) deutlich. Dort sei zu keinem Zeitpunkt die Frage der Verwertung von Altwaffen diskutiert worden. Für die Landesregierung stellte er klar: „Wir haben uns auf das gestützt, was über viele Jahre Praxis ist, und, wie ich glaube, keine zusätzlichen Gefährdungen geschaffen.“ Und während die SPD in den 80er-Jahren Waffen an die Hersteller zurückgegeben und damit in Deutschland gehalten habe, so habe der Verkauf an die USA nun den Effekt, „dass die Waffen letztendlich in ein anderes Land kommen“. Dieser Tatbestand eigne sich nicht zur Skandalisierung, so der Innenminister. SW

Der Eilantrag (Drs. 14/9460) wurde mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Chance und Herausforderung

Landtag diskutiert Fragen der Einwanderungs- und Asylpolitik

24. Juni 2009 – Die europäische Einwanderungs- und Asylpolitik wollen die Fraktionen von CDU und FDP „besser koordiniert“ sehen und den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in diesem Politikfeld mehr Mitsprache ermöglichen. So steht es in einem Antrag (Drs. 14/9415) der Regierungsfractionen, den der Landtag kurz vor der Sommerpause diskutierte. SPD und Grüne stimmten mit den grundlegenden Punkten des Antrags überein, bemängelten jedoch einen inhaltlich zu geringen Bezug zur Landespolitik.

„Besonders für Europa ist Einwanderung eine riesige Herausforderung und Chance zugleich“, so Ilka von Boeselager (CDU). Die christliche und humanistische Tradition gebiete es, religiös, politisch oder aufgrund ihrer Herkunft Verfolgten Zuflucht zu gewähren. Außerdem sei Einwanderung allein schon aus demographischen Gründen notwendig. Andererseits sei darauf zu achten, die Aufnahmekapazität der Einwanderungsländer nicht überzustrapazieren. Deshalb müsse man illegale Zuwanderung bekämpfen. Dies sei jedoch für einen einzelnen Staat nicht mehr zu bewältigen, vielmehr müsse das Problem auf europäischer Ebene gelöst werden. Es gebe schon verschiedene Initiativen in diesem Bereich, doch zahlreiche Schlupflöcher blieben bestehen. Daher sei es wichtig, dieses Thema ausführlich zu beraten.

Horst Engel (FDP) stellte ebenfalls zwei Seiten von Zuwanderung als Chance und Herausforderung dar. Der enorme „Migrationsdruck“ sei das Resultat gravierender Wohlstandsunterschiede. Eine europäische Lösung sei schon dadurch geboten, dass ein Flüchtling, der einen Grenzstaat der EU erreiche, Zugang zu allen anderen Mitgliedstaaten erlange. Die EU habe dieses Problem erkannt und dessen Lösung sei ein wich-

tiger Bestandteil des Stockholmer Programms zur Integration. Die Rahmenbedingungen für Integration müssten jedoch vor Ort geschaffen werden. Besonders NRW habe großes Interesse daran, dass diese Aufgabe gelinge. In jedem Fall müsse das Interesse der Regionen in der Einwanderungspolitik gewahrt werden: „Der bewährte Grundsatz der Subsidiarität muss bleiben“, so Engel.

„Was soll eigentlich der Schwerpunkt dieses Antrags sein?“, fragte Wolfram Kuschke (SPD). Zwar könne er inhaltlich nichts Falsches erkennen, doch befasse sich der Antrag nicht mit den Möglichkeiten der Länder, sondern vielmehr mit Lösungen auf europäischer Ebene. Weiterhin blieben wichtige Aspekte des Bleiberechts unklar, meinte der Abgeordnete. Bezüglich der Rolle der Länder und Gemeinden in der Einwanderungspolitik müsse man auch die Arbeit des europäischen Ausschusses der Regionen erwähnen. Dort werde auch der Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung diskutiert, den der vorliegende Antrag vernachlässige. Insgesamt sei es nicht förderlich, ausschließlich auf die europäische oder die Bundesebene zu verweisen, da die Landesregierung zahlreiche Probleme auch selbst lösen könne.

Monika Düker (Grüne) pflichtete ihrem Vorredner bei: „Sie drücken sich vor Ihrer Verantwortung im eigenen Land“, kritisierte sie die Landesregierung. Der Antrag vollziehe lediglich eine in einigen Punkten fehlerhafte EU-Politik nach. Hilfsorganisationen beklagten wiederholt den unzureichenden Schutz der Menschenrechte durch die für die EU-Außengrenzen zuständige Agentur FRONTEX. Einwanderung nach Deutschland finde faktisch nicht mehr statt, obwohl diese aus demographischen Gründen unerlässlich sei. Bezüglich der Asylpolitik sei die Lage in NRW prekär. In Nordrhein-Westfalen lebten 30.000 geduldete Flüchtlinge in ständiger Unsicherheit, da die Bleiberechtsregelung auslaufe. Die Landesregierung habe es versäumt, dieses Thema im Bundesrat zu thematisieren.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) erwiderte, dass die Innenminister der Länder durch bundeseinheitliche Regelungen kaum noch Einflussmöglichkeiten in der Einwanderungspolitik hätten. Die Zuständigkeit liege beim Bund. Auf europäischer Ebene werde im Dezember eine Nachfolgeregelung des sogenannten Haager Programms beschlossen. Dieses schaffe unter anderem einen gemeinsamen Asylraum und einen einheitlichen Rechtsstatus für legal eingewanderte Personen. Zu bedenken sei, dass viele geplante Änderungen die Kommunen direkt betreffen. Es sei daher wichtig, den Einfluss von Land und Kommunen zu stärken. Zusätzliche Bürokratie auf diesem Gebiet sei jedoch abzulehnen. Die Landesregierung stehe klar zum Grundsatz der Subsidiarität und befürworte praxisnahe Lösungen.

Rüdiger Sagel (fraktionslos) kritisierte die europäische Einwanderungspolitik: „Wir leben in einer Festung Europa.“
Julian Hörner

Der Antrag von CDU und FDP (Drs. 14/9415) wurde an den Hauptausschuss (federführend) überwiesen.



Untersuchungsausschuss

Der Landtag hat vor der Sommerpause einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Er soll die Vorgänge im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz untersuchen, die zur Entlassung eines Abteilungsleiters und Einführung eines Ermittlungsverfahrens gegen ihn geführt haben. Das Bild zeigt den Vorsitzenden, Thomas Kutschat (SPD, Mitte), sowie die Sprecher der Fraktionen (von links nach rechts): Johannes Remmel (Grüne), Stephan Gatter (SPD), Wolfgang Schmitz (CDU) und Dr. Robert Orth (FDP).
Foto: Schälte

Klimaschutz und Kohlendioxid: ein heißes Thema

Landtagsmehrheit unterstützt CO₂-Pipeline – Grüne sind dagegen

24. Juni 2009 – Wohin mit klimaschädlichem Kohlendioxid aus Kraftwerken? Diese Frage stellte sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der Grünen. Im Mittelpunkt der Debatte stand ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur CCS-Technologie („Carbon Capture and Storage“). Diese Technologie könnte eingesetzt werden, um abgeschiedenes Kohlendioxid über eine Pipeline nach Schleswig-Holstein zu transportieren und dort unterirdisch einzulagern. Während die Grünen das Gesetz ablehnen und auf öffentlichen Widerstand verweisen, sprechen sich die Fraktionen von CDU, SPD und FDP für das Verfahren aus. Allerdings wurde kurz vor der Plenarsitzung bekannt, dass die Unionsfraktion im Bundestag den Entwurf für das CCS-Gesetz vorläufig von der Tagesordnung genommen hatte.

„Die Erderwärmung schreitet voran“, machte **Reiner Priggen** (Grüne) zu Beginn der Debatte deutlich. Allein Nordrhein-Westfalen trage zu 44 Prozent zum gesamtdeutschen Ausstoß von Kohlendioxid bei. Vor diesem Hintergrund kritisierte der Abgeordnete, dass die Landesregierung den Ausbau von Kohlekraftwerken vorantreibe und die „schmutzigste Form der Stromerzeugung“ weiter fördern wolle. Für seine Fraktion bekräftigte Priggen die ablehnende Haltung gegenüber dem CCS-Gesetzentwurf. Dieser Entwurf sei unter anderem deshalb „desaströs“, weil er die Erforschung anderer Zukunftstechnologien – wie etwa der Geothermie – in ihrer Entwicklung behindere. Weltweit gebe es zudem kein einziges Kraftwerk, das die Abscheidung von Kohlendioxid bisher in großem Maße umsetze.

„Energie muss sicher, sauber und bezahlbar bleiben“, sagte **Christian Weisbrich** (CDU). Die Technologie zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid trage langfristig zum Wohlstandserhalt bei, da durch sie die Stromerzeugung durch Kohlekraftwerke mit den Klimaschutzziele vereinbart werden könne. Für NRW bedeute diese Technologie eine „gewaltige Chance“, da sich das Land als Vorreiter positionieren könne, meinte der Christdemokrat. „Mehr als ärgerlich“ sei daher der Stopp der Beratungen zum CCS-Gesetzentwurf auf Bundesebene. An die Fraktionen appellierte Weisbrich, auf „parteipolitisches Geplänkel“ in dieser Frage zu verzichten. Es gehe darum, gemeinsam dafür zu sorgen, dass Kohlekraftwerke sehr viel umweltfreundlicher als bisher Strom erzeugen könnten.

Als „zentrale Zukunftsaufgabe“ bezeichnete **Norbert Römer** (SPD) die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid, vor allem mit Blick auf die wirtschafts- und klimapolitischen Ziele Nordrhein-Westfalens. Scharf kritisierte er daher die CDU-Landtagsfraktion, der es

nicht gelungen sei, über Einflussmöglichkeiten auf Bundesebene – so beispielsweise über das CDU-Präsidium – die Verabschiedung des CCS-Gesetzentwurfs voranzubringen. „Das einst stolze Energieland Nordrhein-Westfalen spielt bundespolitisch keine Rolle mehr“, meinte der Sozialdemokrat. Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers** (CDU) müsse endlich seiner Verantwortung gerecht werden und öffentlich Stellung zum CCS-Gesetzentwurf der Bundesregierung beziehen. „Klimaschutz duldet keinen Aufschub“, sagte Römer.

„Das Thema CCS ist ein Beleg für die grüne Blockadepolitik“, fand **Dietmar Brockes** (FDP) und warf der Oppositionsfraktion vor, sich gegen die Interessen des Landes zu wenden. Falls das CCS-Gesetz der Bundesregierung nicht beschlossen werde, seien voraussichtlich Investitionen von mehr als zwei Milliarden Euro für NRW und ein CCS-Kraftwerksprojekt in Köln-Hürth in Gefahr. Brockes sah die Große Koalition auf Bundesebene in der Pflicht, das CCS-Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Es sei notwendig, den Energieversorgern Planungssicherheit zu geben. Zwar seien noch einige technische Fragen ungelöst, jedoch gelte es, über Modellanlagen herauszufinden, „ob CCS einen erheblichen und wirtschaftlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann“.

„Niemand wird ernsthaft bestreiten, dass uns die Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen noch einige Jahrzehnte begleiten wird“, meinte **Wirtschaftsministerin Christa Thoben** (CDU). Die CCS-Technologie sei ein möglicher Weg, um diese Art der Stromerzeugung unter Aspekten des Klimaschutzes besser verkraften zu können. Thoben bedauerte daher sehr, dass die schwarz-rote Bundesregierung sich in der laufenden Legislatur-



Fotos: Schälte

periode wohl nicht mehr auf eine gemeinsame Haltung zum CCS-Gesetzentwurf werde verständigen können. Ein „gutes Gesetz etwas später“ sei jedoch immer noch besser als ein Verzicht auf diese Zukunftstechnologie. „Es muss möglich sein, in gesamtstaatlicher Verantwortung Lösungen zu formulieren“, so die Ministerin. SW

Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Oliver Wittke (CDU)



André Stinka (SPD)

Wenn wir Menschen den Klimaschutz vernachlässigen, dann ...

... werden wir unserer Verantwortung zukünftigen Generationen gegenüber nicht ansatzweise gerecht.

... kommt uns dies in jeder Hinsicht teuer zu stehen. Dies hätte dramatische Folgen für die Menschheit und die Natur. Auch wirtschaftlich ist Klimaschutz alternativlos, da Nicht-Handeln teurer wäre als rechtzeitig die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Gerade in der Wirtschaftskrise wäre es töricht, Arbeit und Umwelt gegeneinander ausspielen zu wollen.

Die Klimaschutzstrategie der Europäischen Union halte ich für ...

... einen wesentlichen Schritt, um verbindliche und tatsächliche Erfolge für das Klima zu erreichen.

... eine gute Basis, europaweit mit dem Klimaschutz nach vorne zu kommen. Nur wenn Europa und Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen, werden wir Länder wie China und Indien von weltweit abgestimmten Maßnahmen überzeugen.

Für den Klimaschutz in Europa ist Nordrhein-Westfalen ...

... als Industrieregion, Ballungsraum und Lieferant von hochtechnologischen Produkten von zentraler Bedeutung.

... ganz wichtig. Wir in NRW können Beispiel geben, wie wir Industrieland bleiben und gleichzeitig ehrgeizige Klimaschutzziele erreichen. Wir haben das Wissen für die Effizienz-, Energie- und Umweltschutztechnik, das weltweit immer wichtiger wird. Wir wollen Klimaschutz zum Fortschrittmotor für Nordrhein-Westfalen entwickeln.

Hier in NRW muss die Landesregierung in puncto Klimaschutz als nächstes ...

... die Themen Elektromobilität und emissionsarme Kohleverstromung umsetzen.

... ihre Blockadepolitik aufgeben. Sie verhindert ein sinnvolles Repowering bei der Windenergie, sie hat keine Biomasse-Strategie und sie legt den Stadtwerken Fesseln an. Sie gefährdet die Kraftwerksmodernisierung, da sie sich nicht tatkräftig für CCS-Gesetzgebung für Abscheidung, Transport und Lagerung von CO₂ einsetzt.

In Bezug auf Wirtschaft und Arbeitsplätze bedeutet Klimaschutz für unser Land ...

... Herausforderung und Chance zu gleich. Umwelttechnologien sind einer der wesentlichen Wachstumstreiber in diesem Jahrhundert. NRW ist dabei gut aufgestellt. „Made in NRW/Germany“ ist weltweit gefragt.

... eine Chance als Fortschrittmotor. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind weltweit Schlüsseltechnologien. Sie schaffen Arbeit und Ausbildung hier in NRW. Die schwarz-gelbe Landesregierung schadet mit ihrer Politik gegen die Windenergie und gegen andere Erneuerbare Energien dem Standort NRW und vertreibt Investoren.

Die wichtigste energiepolitische Entscheidung in NRW in dieser Legislaturperiode ...

... ist der Ausstieg aus dem hoch subventionierten Steinkohlenbergbau.

... ist von Schwarz-Gelb verschlafen worden. Die Regierung Rüttgers hat NRW auf einen klimapolitischen Abstiegsplatz geführt. Wir müssen jetzt sehr schnell umsteuern, um NRW auf Kurs in eine gute Zukunft zu bringen: Wir müssen z.B. unsere heimische Kohle zukunftsfest machen, Erneuerbare Energien kraftvoll ausbauen, unseren Kraftwerkspark erneuern und KWK fördern.

Um das Klima zu schützen, muss auch jede Bürgerin und jeder Bürger ...

... darüber nachdenken, wie er oder sie einen Beitrag leisten kann, beispielsweise durch den Kauf effizienter Produkte, sparsamer Autos und die energetische Sanierung der eigenen vier Wände.

... unterstützt werden. Vielen Produkten kann man nicht ansehen, wie viel Energie sie verbrauchen und wie teuer sie über ihre Lebenszeit sind. Viele Mieter erfahren erst, nachdem sie eingezogen sind, welche Heizkosten auf sie zukommen. Deshalb brauchen wir eine gute und transparente Verbraucherberatung. Darüber hinaus braucht NRW ein Programm „1.000.000 Dächer Solarthermie“, damit wir von Öl und Gas unabhängiger werden.

Diesmal geht es um den Klimaschutz.

Holger Ellerbrock (FDP)



... werden wir der Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen nicht gerecht. Der fortschreitende Verbrauch von begrenzten Ressourcen und die damit verbundenen Emissionen müssen durch Technologiefortschritt und effizienteren Mitteleinsatz verantwortbar möglichst weit reduziert werden.

... ambitioniert, aber machbar. Vor allem aber brauchen wir die EU als Sprachrohr der europäischen Staaten, um ein gemeinsames Abkommen aller Industrie- und Schwellenländer zu erreichen, damit eine Reduktion der Emissionen ohne Wettbewerbsverzerrungen für die Vorreiter überhaupt gelingen kann.

... eine Region, die ihren Beitrag leisten wird. Vor allem bei moderner, hocheffizienter Kraftwerkstechnik und innovativen Zukunftstechnologien wollen wir Vorreiter sein. Wir wollen das Land mit dem effizientesten Kraftwerkspark der Welt werden und diese sauberen Technologien auch weltweit exportieren.

... das Kraftwerkserneuerungsprogramm konsequent umsetzen. Die Energie- und Klimaschutzstrategie der Landesregierung ist die Basis auf dem Weg zu einem effizienten und sauberen Kraftwerkspark. Ziel ist ein breiter Energiemix, der Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit vereint.

... auch eine Chance für Wirtschaft und Industrie – vor allem im Mittelstand – durch kluge Innovationen und Investitionen Arbeitsplätze hier zu schaffen und zu sichern. Dabei muss vermieden werden, dass bestehende Arbeitsplätze durch überzogene Anforderungen verloren gehen.

... ist das Kraftwerkserneuerungsprogramm. NRW wird damit Vorreiter bei der Entwicklung und dem Bau von hocheffizienten Kraftwerken der Zukunft. Kohle wird noch lange ein unverzichtbarer Bestandteil des Energiemixes bleiben. Da ist es das Wichtigste, diese Kraftwerke so effizient wie möglich zu machen.

... sich fragen, wo er effizienter mit Energie umgehen kann. Das schont den Geldbeutel und hilft obendrein, Ressourcen für die Zukunft zu sichern. Eine Beratung, wo in seinem persönlichen Lebensumfeld ökonomisch sinnvoll Energie gespart werden kann, kann ein Anfang sein.

Reiner Priggen (Grüne)



... werden die Folgen katastrophal sein: eisfreie Polargebiete, überflutete und unbewohnbare Küstenregionen, abwechselnd schwere Dürren und Überschwemmungen, Hunderte Millionen Klimaflüchtlinge. Die Kosten für den Klimaschutz sind dagegen geradezu eine Kleinigkeit.

... einen ersten Schritt. Sie ist aber angesichts der Herausforderung zu wenig ambitioniert. Europa muss beim Klimaschutz vorangehen, denn hier sind die Pro-Kopf-Emissionen immer noch deutlich höher als in Ländern wie China und Indien. Kein Mensch hat das Recht, per se mehr CO₂ zu emittieren als andere.

... eine große Herausforderung, denn hier werden jedes Jahr fast 300 Mio. Tonnen CO₂ emittiert. Das sind 44 Prozent der im Emissionshandel befindlichen Emissionen. In der EU würde NRW den 7. Platz bei Emissionen belegen. Darüber hinaus ist in NRW kaum eine dauerhaft sinkende Tendenz der Emissionen erkennbar.

... überhaupt erst einmal anfangen, Klimaschutz zu machen, denn trotz zum Teil ambitionierter Ziele findet Klimaschutz bei der Landesregierung praktisch nicht statt.

... eine große Chance, denn wer heute klimaschonende Technologien, wie z.B. die Nutzung der Erneuerbaren Energien, entwickelt und ihre Nutzung vorantreibt, der besetzt die Zukunftsmärkte der Welt. Leider nutzt die Landesregierung diese Chance kaum.

... war der richtige und notwendige Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau. In Sachen Klimaschutz werden die fünf Jahre dieser Legislaturperiode fünf verlorene Jahre für NRW sein.

... motiviert und in die Lage versetzt werden, Energie zu sparen. So brauchen wir z. B. ein langfristig angelegtes Förderprogramm zur energetischen Gebäudesanierung, um die Zahl der Sanierungen gegenüber heute deutlich zu erhöhen. Das schafft auch zehntausende Arbeitsplätze in Handwerk und Bauindustrie.

Schlag auf Schlag

Idee und Umsetzung:
Sonja Wand und
Sebastian Wuwer

„Gemeinsam statt einsam“

Spannende Debatte bei einer Fachtagung von Landtag und EU-Kommission

23. Juni 2009 – „Klimaschutz – Trotz oder wegen der Finanzkrise?“ Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Konferenz, die der Landtag Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Europäischen Kommission veranstaltet hat. In Mönchengladbach kamen Sachverständige aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, um in wirtschaftlich schwierigen Zeiten über mögliche Konzepte gegen den Klimawandel zu diskutieren. Auch wenn die Vorschläge der Expertinnen und Experten unterschiedlich ausfielen, so machten sie doch alle deutlich: An gemeinsamen europäischen und globalen Anstrengungen für mehr Klimaschutz führt kein Weg vorbei.



Die Experten auf dem Podium diskutierten angeregt über den Klimaschutz.

Fotos: Wuwer

„Wir müssen den Ausstoß von Kohlendioxid weiter reduzieren, dürfen aber zugleich den Wirtschaftsstandort Europa nicht gefährden.“ Auf diese Formel brachte Dr. Stefan Agne die wohl größte Herausforderung beim Klimaschutz. Der Experte aus der Generaldirektion für Umwelt der Europäischen Kommission machte in seinem Vortrag deutlich, dass sich der Klimawandel in Zukunft immer stärker auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken werde. Umso mehr sei ein europäisches Engagement für den Klimaschutz notwendig, da schon heute die finanziellen Schäden des Klimawandels die globale Wirtschaftsleistung deutlich belasten würden.

Vor diesem Hintergrund rief Dr. Agne den Gästen in Mönchengladbach noch einmal die Ziele der europäischen Klimaschutzstrategie in Erinnerung, auf die sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Dezember 2008 verständigen konnten: So soll bis zum Jahr 2020 der Ausstoß von Kohlendioxid in Europa um insgesamt 20 Prozent sinken. Zugleich solle auch der Energieverbrauch um 20 Prozent reduziert werden, während der Anteil Erneuerbarer Energien am Energieverbrauch auf 20 Prozent steigen solle. „Mit diesem Kompromiss ist die Europäische Union beim Klimaschutz gut aufgestellt“, fand der Sachverständige, dessen Vortrag die Grund-

lage für eine spannende Diskussion unter den weiteren Podiumsgästen bildete.

Die Fachleute ließen keine Zweifel daran, dass der Spagat zwischen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum zu meistern sei. So meinte zum Beispiel Dr. Michael Henze, Abteilungsleiter für Strukturpolitik, Mittelstand und Raumordnung aus dem nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium, dass die Wirtschaftskrise auch eine Chance für Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen sei. Besonders die Entwicklung hocheffizienter Kraftwerkstechnologien, die Bemühungen zur sogenannten energetischen Gebäudesanierung oder auch Modellprojekte im Bereich der Elektromobilität würden in Nordrhein-Westfalen deutlich machen, dass Klimaschutz wirtschaftliches Wachstum fördere und neue Unternehmensfelder erschließe.

ENERGIEMIX IM FOKUS

Über Maßnahmen zum Klimaschutz diskutierten anschließend Abgeordnete aller vier Landtagsfraktionen. So sprach sich der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Christian Weisbrich für einen wirtschaftlichen Wettbe-

werb um Klimaschutzkonzepte aus. Die Politik müsse aufpassen, dass durch staatliche Vorgaben nicht Arbeitsplätze gefährdet würden. Für die SPD-Fraktion forderte der Abgeordnete André Stinka, gerade die mittelständischen Betriebe stärker für den Klimaschutz zu sensibilisieren, beispielsweise durch Schulungen. Ein möglichst vielfältiger Energiemix ist für Holger Ellerbrock (FDP) Voraussetzung für den Klima-



Dr. Michael Henze aus dem Wirtschaftsministerium

schutz. Vor diesem Hintergrund sei die Nutzung von Atomstrom weiterhin unverzichtbar. Dagegen forderte Johannes Remmel (Grüne) einen stärkeren Ausbau der Erneuerbaren Energien. In diesem Bereich habe die schwarz-gelbe Landesregierung seit 2005 viele Chancen verpasst, so seine Kritik.

Trotz dieser unterschiedlichen Positionen stimmten die Landespolitiker darin überein, dass nur eine Zusammenarbeit der Staaten in Europa positive Effekte auf den Klimawandel haben könne. Jedoch forderte Dr. Annette Loske, Referentin vom Verband der Industriellen Energie- und Klimawirtschaft, den Klimaschutz nicht allein auf die „Insel Europa“ zu beschränken, sondern die globalen Zusammenhänge im Auge zu behalten. Schließlich müsse sich Europa im weltweiten Wettbewerb um Industriestandorte behaupten und dürfe seine industrielle Basis nicht gefährden. Eine weitere Herausforderung benannte Dr. Dietmar Lindenberger vom energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln. Mit Blick auf die Kosten für Unternehmen komme es darauf an, mit gleichem finanziellen Aufwand „mehr Klimaschutz herauszuholen“. Umso mehr, so waren sich die Podiumsgäste einig, gelte für den Klimaschutz das Motto: „Gemeinsam statt einsam.“ Sebastian Wuwer

Weniger Heizkosten, sichere Jobs, mehr Klimaschutz

Anhörung: Wie man Hausbesitzer zur Gebäudesanierung motiviert

23. Juni 2009 – Viele Häuser könnten mit weniger Energie auskommen, als sie derzeit verbrauchen. Dafür müsste man sie sanieren. Was die Mieterseite auf der Nebenkostenabrechnung freuen würde, kostet die Hausbesitzer viel Geld. Gleichzeitig würden mittelständische Handwerksunternehmen von den Sanierungsaufträgen profitieren. Weil nach Rechnung der Grünen 75 bis 95 Prozent der Gebäude in Nordrhein-Westfalen sanierungsbedürftig sind, könnten langfristig sichere Arbeitsplätze entstehen. Jährlich werden allerdings nur 0,6 bis 1 Prozent der sanierungsbedürftigen Häuser in NRW erneuert, sagen die Grünen und fordern ein 10-Jahres-Programm zur Gebäudesanierung mit stabilen Zinssätzen für Kredite (Drs. 14/8876), damit Hausbesitzer besser planen können. In einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz: Franz-Josef Knieps, CDU) begrüßten Fachleute diese Idee.

Viele Sachverständige thematisierten die fehlende Planungs- und Investitionssicherheit für Wohnungsunternehmen und private Hausbesitzer als ein großes Problem, da die Zinssätze für geförderte Kredite der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) innerhalb kurzer Zeit schwankten. „Energetische Gebäudesanierung ist für uns das Thema schlechthin“, betonte Josef Zipfel vom Westdeutschen Handwerkskammertag e.V. die Relevanz der Förderung für die Beschäftigung im Handwerk. Thomas Harten von der Handwerkskammer Münster ergänzte, wichtig sei nicht nur die Finanzierung, sondern auch eine Sensibilisierung für das Thema. Er forderte zudem, Kommunen, Handwerk und KfW müssten gemeinsam auf die Eigentümer zugehen, um diesen die komplizierte Antragsstellung zu erleichtern.

Die Frage, ob es denkbar sei, dass es zu einer „Überförderung“ komme, verneinten die Sachverständigen. Eine verlässliche Förderung führe zu vielen Sanierungen und stärke das Handwerk und seine Beschäftigten. So komme von dem Staatsgeld über eine gute Beschäftigungssituation und über Steuern der Betriebe auch wieder Geld zurück zum Staat, argumentierte Klaus-Dieter Stallmann (Haus & Grund e.V.).

Ein Problem sahen viele Sachverständige außerdem im Mietrecht, nach dem die Eigentümer die Kosten für Investitionen kaum an die Mietparteien weitergeben könnten. Da mit ei-

ner Änderung im Mietrecht durch den zuständigen Bundestag nicht zu rechnen sei, plädierte Falk Kivelp (Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, Landesverband NRW) ebenfalls für gleichbleibende Konditionen der KfW-Kredite, um konkret und zeitnah mehr Sanierungen zu erreichen. Planungssicherheit und Verlässlichkeit seien nicht möglich, wenn die Konditionen sich alle paar Wochen änderten.

Werner Genter von der KfW Bankengruppe erklärte die Zinsschwankungen: Die KfW müsse der Kapitalmarktentwicklung folgen. Die Europäische Zentralbank habe eine Steuerungsfunktion, da könne die KfW nicht „auf Teufel komm raus“ mit ihren eigenen Zinssätzen gegensteuern. Die Förderungsprogramme selbst seien schon seit vielen Jahren verlässlich und stetig. Zur Sicherheit trage außerdem bei, dass die KfW langfristige Festzinssätze anbiete, die für zehn, fünfzehn Jahre gälten.

PLANUNGSSICHERHEIT

Die Verbraucherinnen und Verbraucher hätten erkannt, dass die Energiepreise mittelfristig steigen und dass es gelte, in Energieeffizienz zu investieren, so Dirk Moberg (EnergieAgentur NRW) aus Verbrauchersicht. Wenn man ausrechne, was auf eine Energieberatung folge,

komme man innerhalb eines Jahres auf eine durchschnittliche Investitionssumme von 8.000 bis 15.000 Euro pro Beratung. Die NRW-Verbraucherzentrale komme sogar auf einen entsprechenden Wert von durchschnittlich knapp 23.000 Euro für die ausführliche Beratung, erklärte ihr Vorsitzender Klaus Müller. Auch weil es Zeit brauche, bis Hauseigentümer sich mit der schwierigen Materie und den zahlreichen Fördermöglichkeiten auseinandergesetzt und zur Sanierung entschlossen hätten, seien gleichbleibende Förderkonditionen hilfreich. Wovon man Menschen im Alter von 50 bis 65 Jahren häufig überzeugen könne, sei eine Sanierung, die sowohl auf Energieeinsparung als auch auf Barrierefreiheit, also einen längeren Verbleib im eigenen Heim, abziele. Eine stärkere Ansprache der Zielgruppe auf Messen sei wichtig für die erste Orientierung, ersetze aber nicht die individuelle Beratung.

Um konkret und kurzfristig die Bereitschaft von Eigentümern zur Gebäudesanierung zu erhöhen, sprachen sich die Sachverständigen mehrheitlich für zusätzliche finanzielle Anreize und direkte Zuschüsse, zum Beispiel für eine Energiesparprämie, sowie für verbilligte Kredite und niedrigere Zinsen aus. Denkbar seien aber auch Steuervorteile wie Abschreibungsmöglichkeiten der Sanierungsmaßnahmen über zehn Jahre. Außerdem gelte es, Beratungsangebote und Transparenz auszubauen.

SOW

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE	DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/9760	Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine GRÜNE	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 11.9.2009	14/9394	Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen etc., LR	Ausschuss für Bauen und Verkehr	Anhörung von ABV und HFA 3.9.09
14/9739	Änderung des Landesreisekostengesetzes etc., LR	Vorschlag: Haushaltsausschuss	1. Lesung 9.9.2009	14/9393	Änderung des Gesetzes über den „WDR Köln“ und des Landesmediengesetzes, LR	Hauptausschuss	Anhörung 3.9.2009, Auswertung 1.10.2009
14/9738	EG-Dienstleistungsrichtlinie im Rahmen der Normenprüfung, LR	Vorschlag: Wirtschaftsausschuss	1. Lesung 9.9.2009	14/9386	Modernisierung des nordrhein-westfälischen Sicherheitsrechts, SPD	Innenausschuss	Beratung 3.9.2009 Anhörung beschlossen
14/9737	Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich LR	Vorschlag: Wirtschaftsausschuss	1. Lesung 11.9.2009	14/9380	Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2009, LR	Haushaltsausschuss	Beratung im Sept. 2009
14/9736	Modernisierung von Justizgesetzen, LR	Vorschlag: Rechtsausschuss	1. Lesung 10.9.2009	14/9308	Gesetz zur Änderung des Landesdisziplinarrechts, LR	Innenausschuss	2. Lesung
14/9711	Umsetzung der Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen, LR	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 9.9.2009	14/9265	Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes, GRÜNE	Wirtschaftsausschuss	Weitere Beratung im Herbst
14/9710	Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften, LR	Vorschlag: Gesundheitsausschuss	1. Lesung 10.9.2009	14/9249	Aufbau der Fachhochschule für Gesundheitsberufe, LR	Wirtschaftsausschuss	Anhörung 3.9.2009 2. Lesung 8./ 9.10.2009
14/9709	Änderung der gesetzl. Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums, LR	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 10.9.2009	14/8947	Bildung Einheitlicher Ansprechpartner in NRW, LR	Wirtschaftsausschuss	Anhörung 23.6.2009, Beratungsschluss 30.9.2009
14/9702	Gemeindefinanzierungsgesetz 2010, LR	Vorschlag: Haushaltsausschuss	1. Lesung 9.9.2009	14/8631	Regelung des Vollzuges der Untersuchungshaft, LR	Rechtsausschuss	Beratung 19.8.2009, abschliessend 16.9.2009
14/9701	Mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013 mit Finanzbericht 2010, LR	Vorschlag: Haushaltsausschuss	1. Lesung 9.9.2009	14/6327	Vollzug der Untersuchungshaft in NRW, SPD	Rechtsausschuss	Beratung 19.8.2009, abschliessend 16.9.2009
14/9700	Haushaltsgesetz 2010 LR	Vorschlag: Haushaltsausschuss	1. Lesung 9.9.2009	14/1541	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung, SPD, GRÜNE	Hauptausschuss	Untergesetzliche Regelung avisiert
14/9508	Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug, LR	Vorschlag: Rechtsausschuss	1. Lesung 10.9.2009	14/272	Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes, SPD	Rechtsausschuss	Zuletzt behandelt am 3.11.2005
14/9417	Änderung des Pressegesetzes, SPD	Hauptausschuss	Beratung am 1.10.2009				
14/9404	Änderungen der Landesgrenze Hessen/NRW, LR	Hauptausschuss	2. Lesung 9.9.2009				
14/9395	Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2009/2010 etc., LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Anhörung im Ausschuss „Personal“ für den 15.9.09 geplant				

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung - am 24. - 26. Juni 2009 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
14/9042	Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz	LANDESREGIERUNG	2. Lesung am 24.6.2009	angenommen
14/8884	Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer	CDU, FDP	2. Lesung am 24.6.2009	angenommen
14/8883	Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden	CDU, FDP	2. Lesung am 24.6.2009	angenommen
14/8806	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in NRW	LANDESREGIERUNG	2. Lesung am 26.6.2009	angenommen
14/8554	Änderung des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen	LANDESREGIERUNG	2. Lesung am 24.6.2009	angenommen
14/8335	Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes	CDU, FDP	2. Lesung am 24.6.2009	angenommen
14/8329	Förderung der politischen Partizipation zugewanderter Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden	GRÜNE	2. Lesung am 24.6.2009	zurückgezogen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.



Montage: Schälte

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Rückblick auf die Kommunalwahlen und Ausblick auf die Bundestagswahl

Die Kommunalwahlen im bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland sind vorbei. Exakt 7.398.201 Wählerinnen und Wähler gingen am 30. August zur Wahl. Die Wahlbeteiligung fiel also mit landesweit 52,3 Prozent (Wahl 2004: 54,4 Prozent) so niedrig aus wie bei keiner Kommunalwahl hierzulande zuvor. Die Parteien und politischen Akteure werden sich nun, vor der anstehenden Bundestagswahl am 27. September, erneut anstrengen, die Bürgerinnen und Bürger von ihren Zielen und Programmen zu überzeugen – und auch von der demokratischen Notwendigkeit, überhaupt an Wahlen teilzunehmen.

Wie wichtig und wertvoll das Recht auf freie Wahlen ist, wird mit einem Blick über die Landesgrenzen hinaus besonders deutlich. Denn immer noch hat ein großer Teil der Weltbevölkerung kein Recht auf demokratische Wahlen: Erst seit dem Jahr 1991 werden mehr als die Hälfte der Staaten als „demokratisch“ eingestuft, heute sind es weltweit 64 Prozent. Und völlige politische Freiheit ist nur in rund 46 Prozent aller Staaten zu finden (Quelle: die amerikanische Forschungseinrichtung Freedom House). Vor diesem Hintergrund bleibt zu bedenken, dass das Recht auf allgemeine,

freie und gleiche Wahlen durchaus als ein Privileg verstanden werden kann.

KOMMUNALWAHLEN 2009

Zurück zu den Ergebnissen der jüngsten Kommunalwahlen: Die Landeswahlleiterin teilte nach Auswertung des Wahlergebnisses offiziell mit, dass die CDU bei der Wahl der Vertretungen der kreisfreien Städte und der Kreistage die meisten Stimmen erhielt. Außerdem wird sie für die nächsten sechs Jahre insgesamt 9 Oberbürger-

meisterinnen und Oberbürgermeister stellen, einen davon mit Unterstützung der FDP. Die SPD stellt insgesamt 13 Oberbürgermeister in Nordrhein-Westfalen, davon 2 mit Unterstützung der Grünen. Die in 26 Kreisen direkt gewählten Landräte gehören bis auf 5 (4 der SPD, 1 WG/EB) der CDU an (weitere Informationen sind im Internet auf www.im.nrw.de/kommunalwahlen2009 zu finden). Auch viele der Abgeordneten im Landtag Nordrhein-Westfalen engagieren sich auf kommunalpolitischer Ebene. Die Informationen darüber, wer nach den Kommunalwahlen 2009 ein Mandat im Stadtrat oder Kreistag innehat, werden in Kürze in den Abgeordnetenbiografien auf der Internetseite des Landtags (www.landtag.nrw.de) zu finden sein.

Dass die Kommunalwahlen reibungslos verliefen und die Ergebnisse ebenso zügig wie verlässlich vorlagen, ist nicht zuletzt den über 100.000 Wahlhelferinnen und Wahlhelfern zu verdanken. Ihnen dankte die Landeswahlleiterin ganz ausdrücklich für ihre ehrenamtliche Unterstützung in den Wahllokalen und -büros.

BUNDESTAGSWAHL 2009

Bereits in wenigen Wochen, am 27. September, werden viele der Helferinnen und Helfer erneut tätig. Dann nämlich sind bundesweit rund 62 Millionen Wahlberechtigte, davon rund 13,5 Millionen aus Nordrhein-Westfalen, aufgerufen, über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestags für die kommenden vier Jahre zu entscheiden. Mit einer Erststimme wählen sie die jeweilige Direktkandidatin beziehungsweise den jeweiligen Direktkandidaten aus ihrem Wahlkreis. Die Zweitstimme geben sie einer der 19 Landeslisten und bestimmen so über das Stärkeverhältnis der Parteien im Bundestag.

In den 64 nordrhein-westfälischen Wahlkreisen kandidieren nach Angaben der Landeswahlleiterin 421 Bewerberinnen und Bewerber, davon 92 Frauen, für ein Direktmandat, das sie über eine erforderliche relative Mehrheit in ihren Wahlkreisen erlangen können. CDU, SPD und FDP sind in allen 64 nordrhein-westfälischen Wahlkreisen mit Direktkandidatinnen und -kandidaten vertreten, die Grünen in 61 Wahlkreisen. Mit Spannung werden daher auch die vier nordrhein-westfälischen Landtagsfraktionen nach Berlin blicken, zumal sich auch sieben Landtagsabgeordnete von CDU, SPD und FDP für einen Sitz im Deutschen Bundestag bewerben.

Bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 2005 lag die Wahlbeteiligung übrigens bei 77,7 Prozent – ebenfalls ein neuer Negativrekord. Bleibt also zu hoffen, dass diesmal mehr Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wahlrecht, einem Privileg, Gebrauch machen. Alle Informationen zur Bundestagswahl gibt es auf den Internetseiten der Landeswahlleiterin (www.im.nrw.de/bundestagswahl2009). cw/sw



Fotos: Schälte



Steve Cipa



Hendrik Thomas

Jannis Kolterman

Carolin Dahlhaus

Sarah Christine Günzel

Leonie Wicker

Hendrik Belker

Johanne

Demokratie hautnah miterlebt



„Parlamentarier auf Probe“ debattierten beim 2. Jugend-Landtag NRW

28. – 30. Juni 2009 – Gerade noch Schüler und plötzlich Vorsitzender einer Landtagsfraktion: Der 2. Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen machte es möglich. Unbefangen, aber nicht unpolitisch übernahmen Jugendliche aus dem ganzen Land für drei Tage die Aufgaben der Abgeordneten im nordrhein-westfälischen Landesparlament. Die „Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf Probe“ zeigten sich schnell beeindruckt vom anstrengenden Alltag der politischen Akteurinnen und Akteure.



Wie Demokratie und politische Teilhabe funktionieren, das konnten junge Menschen beim Planspiel miterleben. Im Düsseldorfer Landesparlament vertraten sie die 187 Landtagsabgeordneten und erhielten spannende Einblicke in die parlamentarischen Entscheidungsprozesse. „Das hat Spaß gemacht!“, meinte zum Beispiel ein 17-jähriger Teilnehmer nach detaillierten Verhandlungen in den Fraktions- und Ausschusssitzungen. „Ich fand es interessant festzustellen, wie mühevoll es ist, parlamentarische Mehrheiten zu erreichen.“

Geklappt hat es dennoch: In der abschließenden Plenarsitzung sprachen sich die Jugendlichen mehrheitlich dafür aus, Leistungen von Lehrerinnen und Lehrern zukünftig durch ein unabhängiges Gremium überprüfen zu lassen und Bonuszahlungen für besonders fleißige Lehrerinnen und Lehrer zu ermöglichen. Fraktionsübergreifend verabschiedeten sie außerdem einen Maßnahmenkatalog gegen Gewalt, Drogen, Cybermobbing und Killerspiele und

setzten sich für den Erhalt des Onlineportals „Spickmich.de“ ein. Nun bleibt abzuwarten, ob die Landtagsabgeordneten die Vorschläge der jungen Leute aufgreifen.

LOB VON DER LANDTAGSPRÄSIDENTIN

Gelohnt hat sich die Teilnahme für die Jugendlichen allemal: Viele von ihnen waren von der parlamentarischen Arbeit derart begeistert, dass sie sich auch weiterhin politisch engagieren und den nächsten Jugend-Landtag als Helferinnen und Helfer unterstützen wollen. Ein „Markt der Möglichkeiten“ bot den Teilnehmerinnen und Teilnehmern daher die Gelegenheit, sich über eine persönliche Mitwirkung in Jugendorganisationen, Verbänden und Vereinen zu informieren und erste Kontakte zu knüpfen.

Großes Lob für dieses gesellschaftliche und politische Interesse gab es von Landtagspräsidentin Regina van Dinther. Sie dankte allen

Teilnehmerinnen und Teilnehmern für den gelungenen Jugend-Landtag und freute sich, „dass junge Leute Spaß daran finden, Politik zu einem ihrer Lebensinhalte zu machen.“ SW

Auch im nächsten Jahr, voraussichtlich im Herbst 2010, soll es wieder einen Jugend-Landtag NRW geben. Alle Informationen zu dieser Veranstaltung sind erhältlich beim Sachbereich Jugend und Parlament des Landtags: Dorothea Dietsch, Telefon (0211) 884-2450, E-Mail: dorothea.dietsch@landtag.nrw.de.

+++ Meldungen +++

Schweinegrippe: Noch viele Fragen zur Impfung offen

19. August 2009 – Als „rein fachlich und nicht politisch“ hat Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) alle zu treffenden Entscheidungen für Maßnahmen gegen die befürchtete Schweinegrippe-Pandemie bezeichnet. Gegenüber den Abgeordneten im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) berichtete der Minister, dass derzeit noch viele medizinische Fragen zum Schutz gegen die Grippe offen seien. So könne derzeit noch nicht verlässlich gesagt werden, wie wirksam der entwickelte Impfstoff sei und welche Mengen davon die Pharmahersteller in den kommenden Monaten tatsächlich liefern könnten. Allerdings sei es Ziel, die Bevölkerung bestmöglich mit Impfstoff zu versorgen, sagte Laumann. „Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Staat.“

Europapolitik: Bessere Zusammenarbeit

3. September 2009 – Die künftige Zusammenarbeit zwischen Landtag und Landesregierung in europapolitischen Fragen war Thema im **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU). Hintergrund sind die kommenden Begleitgesetze zum EU-Vertrag von Lissabon, die gemäß einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine stärkere Rolle der Parlamente festschreiben sollen. Der Ausschuss verständigte sich darauf, dass nach Abschluss der Beratungen auf nationaler Ebene auch auf Landesebene intensiv darüber beraten werden soll, wie die entsprechende Zusammenarbeit zwischen Landesparlament, Regierung und Verwaltung weiter verbessert werden kann.

Wirtschaftsausschuss will neue Regeln für Fabrikverkäufe

2. September 2009 – Die nordrhein-westfälische Landesregierung will neue Regeln für den Bau von Zentren für Fabrikverkäufe erarbeiten. Das erklärte Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) im **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU). Nachdem das Landesverfassungsgericht Ende August die geltenden Vorschriften zu so-

genannten „Factory Outlet Centern“ für verfassungswidrig erklärt hatte, solle nun eine gesetzlich einwandfreie Lösung gefunden werden, sagte die Ministerin. Die Gemeinde Ochtrup hatte vor dem Münsteraner Verfassungsgericht erfolgreich geklagt, weil sie ihr Einkaufszentrum laut Landesentwicklungsprogramm nicht von aktuell 3.500 auf 11.500 Quadratmeter hätte ausbauen dürfen. Das Gericht sah den gesetzlich festgelegten Grenzwert von 5.000 Quadratmetern nicht mit dem Recht der Gemeinde auf kommunale Selbstbestimmung vereinbar. Im Wirtschaftsausschuss erklärten Abgeordnete aller vier Landtagsfraktionen, dass schnellstmöglich eine neue Regelung für NRW gefunden werden müsse, um dem weiteren „Wildwuchs“ von Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“

trage die Landesregierung politische Verantwortung.

Bauausschuss diskutiert Folgen des LEG-Verkaufs

20. August 2009 – Hat der Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) an private Investoren vor gut einem Jahr die Situation der Mieterinnen und Mieter verbessert oder verschlechtert? Diese Frage beschäftigte den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD). Laut Bauminister Lutz Lienenkämper (CDU) sei der Verkauf im Rückblick als Erfolg für das Land und zum Vorteil für die Mieterinnen und Mieter zu werten, da ein hoher Kaufpreis erzielt und zugleich eine Sozialcharta mit hohen Standards für die

Mieterschaft vereinbart worden sei. Die Opposition dagegen kritisierte erneut den Verkauf. Für Dieter Hilser (SPD) hätten Praxisfälle bewiesen, dass die vereinbarte Sozialcharta die Mieterinnen und Mieter im konkreten Fall nicht schütze und notwendige Sanierungen entgegen der Absprachen nicht vorgenommen worden seien.



und der damit einhergehenden Verödung der Innenstädte entgegenzuwirken.

Menschliches Fehlverhalten oder strukturelles Versagen?

19. August 2009 – Die Entlassung eines mutmaßlichen Straftäters aus der Untersuchungshaft in Mönchengladbach Anfang Juli fand im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) ein parlamentarisches Nachspiel. Nach Auffassung von Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) liege kein Versagen der Justiz in NRW, sondern vielmehr ein einzelner Fehler in der staatsanwaltschaftlichen Sachbehandlung vor. Daher sei eine weitere Verbesserung des bestehenden „Frühwarnsystems“ notwendig, meinte die Ministerin. Während sich die Regierungsfaktionen dieser Auffassung anschlossen, betonten die Oppositionsfaktionen, dass durchaus von einem strukturellen Versagen gesprochen werden müsse, wenn menschliches Fehlverhalten über Jahre hinweg nicht entdeckt würde. Hierfür

Schwedische Botschafterin besuchte den Hauptausschuss

25. Juni 2009 – Die Wirtschaftskrise und der Klimawandel bestimmen das Programm der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2009. Das berichtete die Botschafterin Schwedens, Ruth Jacoby, den Mitgliedern des **Hauptausschusses** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) bei ihrem Besuch im Landtag Nordrhein-Westfalen. Die schwedische Ratspräsidentschaft habe sich zum Ziel gesetzt, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise nachhaltig zu stärken. Darüber hinaus machte die Botschafterin deutlich, dass ihrem Land die institutionelle Weiterentwicklung der Europäischen Union am Herzen liege. Mit ihrem Besuch im Landtag brachte die Botschafterin zum Ausdruck, dass aus schwedischer Sicht die föderale Ebene in Deutschland einen wichtigen Beitrag zum europäischen Miteinander leiste. „Zusammen kann es uns gelingen, Europa eine gemeinsame Stimme in der Welt zu verleihen.“

Meinungen zum Medienkonsum

Verleiten Killerspiele, Internet und Handy Kinder und Jugendliche zu Straftaten?

21. August 2009 – Die Enquetekommission III (Vorsitz Gabriele Kordowski, CDU) erarbeitet zur Zeit Vorschläge für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen zum Thema Kinder- und Jugendkriminalität. Geladene Fachleute aus Wissenschaft und Praxis erörtern deshalb im Rahmen einer öffentlichen Anhörung ihre Meinung zu der Frage, ob Medien ein Risiko für Kinder- und Jugenddelinquenz seien. Sie plädierten für eine gesellschaftliche Diskussion, die Eltern, Erziehungspersonal und Lehrkräfte gleichermaßen einbeziehen solle.

Foto: Schälte

Die Sachverständigen betonten zunächst, dass es sich um eine Minderheit von Kindern und Jugendlichen handele, die aufgrund von Medien Straftaten verübten. Um überhaupt einen Wirkungszusammenhang zwischen Medienkonsum und kriminellem Verhalten nachweisen zu können, müsse man noch weitere Faktoren wie Geschlecht, Alter und Schichtzugehörigkeit einbeziehen, sagte Prof. Dr. Winfried Kaminski von der Fachhochschule Köln. Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow (Universität Paderborn) plädierte für Respekt im Umgang mit den Jugendlichen und sah Medien nicht a priori als Risikofaktor. Forschungsergebnisse würden umso ungenauer, je konsequenter man wissenschaftliche Kriterien anwende, erklärte er. Dem widersprach Junior-Prof. Dr. Mario Gollwitzer von der Universität Koblenz-Landau, der die empirische Beweislast für robust hielt, auch wenn es stetig ändernde Bedingungen gebe. Es sei jedenfalls Konsens, so Mechthild Appelhoff (Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen), dass spezielle Medieninhalte Risiken mit sich brächten und bei einer bestimmten Risikogruppe zu psychischer Destabilisierung, sozialer Desorientierung und Angst führen könnten.

Wie sie war auch Müller-Lietzkow der Ansicht, dass der unbequeme Weg eines gesellschaftlich-ethischen Diskurses nötig sei. Technische Lösungen wie etwa das Sperren von Internetseiten oder das Verbot gewalthaltiger Computerspiele funktionierten nicht, da bereits Kinder diese problemlos umgehen könn-

ten. Entscheidend sei, dass man sich über einen Wertekanon einig werde. Letztlich betreffe das Problem auch die Erwachsenen, denn die Gesellschaft erfreue sich an Tabubrüchen und der Darstellung von Kriminalität. Entsprechende Filme würden preisgekrönt, argumentierte er.

Appelhoff benannte zwei Handlungsebenen, auf denen man der Herausforderung durch neue Medien begegnen könne. Ein Weg führe über den gesetzlichen Jugendmedienschutz, der andere über die Förderung der Medienkompetenz. Wer fundierte Kenntnisse im Umgang mit Medien habe, vermeide von vornherein schädigende Inhalte; das gelte sowohl für Eltern als auch für Kinder. Auch wenn Eltern sich bei der technischen Kompetenz ihren Kindern unterlegen fühlten, komme es auf ihre eigene Medienkompetenz hinsichtlich Beurteilungsvermögen und kritischer Urteilsfähigkeit an. Gerade diese Komponente fehle den Kindern und Jugendlichen aufgrund ihres Alters noch.

MEDIENKOMPETENZ

Es gebe zwar genügend Informationsmaterial für Erziehungsberechtigte, sagte Appelhoff. Die Herausforderung bestehe aber darin, diejenigen Eltern zu erreichen, die für dieses Thema noch kein Problembewusstsein entwickelt hätten. Hilfreich könne sein, speziell ausgebildete Referentinnen und Referenten zu Elternabenden

einzuladen. Allerdings schreckten Einladungen zu Themen wie „Umgang mit dem Handy“ oder „Sicherheit im Internet“ eher ab. Häufig müsse man mit positiv besetzten Themen wie dem nächsten Schulausflug „locken“. Zusätzlich schlug die Expertin vor, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamts „mediensensibel“ auszubilden, um auch auf diesem Weg Eltern in schwierigen Familien zu erreichen.

Ein Problem sahen die Sachverständigen auch im fehlenden Problembewusstsein bei Kindern und Jugendlichen. Die wenigsten wüssten, vermutete Sebastian Gutknecht von der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz, dass es strafbar sei, einen Mitschüler in der Umkleidekabine einfach zu fotografieren. Wenn Kinder oder Jugendliche kriminell würden, müssten sie direkte, unmittelbare erlebbare Konsequenzen erfahren, zum Beispiel in der Schule, forderte Müller-Lietzkow.

Als einen möglichen Weg, den Medienkonsum bei Kindern und Jugendlichen positiv zu beeinflussen, diskutierten die Sachverständigen kontrovers ein eigenes Schulfach. Schon jetzt sei das Thema Medienkompetenz als Querschnittsaufgabe zwar eigentlich obligatorisch, falle aber häufig hinter vermeintlich Wichtigerem zurück. Erfolgreiche Programme mit Jugendlichen seien teuer, aber letztlich, sagte Tino Kunert vom ARD-Programmbeirat, müsse sich der Landtag die Prioritätenfrage stellen und Geld in die Hand nehmen. Schließlich seien nicht einmalige Aktionen, sondern eine nachhaltige Planung gefordert.

Janina Geers

Förderung der Kultur der Heimatvertriebenen auf neue Grundlage gestellt

Eine positive Zwischenbilanz zieht der Beauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Horst Westkämper, zum Ende der Sommerpause: „Die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung setzen sich seit dem Regierungsantritt im Jahr 2005 engagiert für die legitimen Interessen der Vertriebenen ein und werden dies auch weiterhin tun.“ Trotz der kritischen Haushaltssituation des Landes haben CDU und FDP mit der Ankündigung, die Mittel für die Kulturförderung in dieser Legislaturperiode zu verdoppeln, einen politischen Schwerpunkt gesetzt. Im Zuge dessen wurden auch zusätzliche Mittel für die Kulturförderung der Vertrie-



benen zur Verfügung gestellt. Allein im Haushalt 2009 sind die entsprechenden Mittel auf mehr als 2,1 Millionen Euro gestiegen.

Neben der institutionellen Förderung wurde insbesondere die von der rot-grünen Vorgängerregierung komplett eingestellte Projektförderung wieder aufgenommen und kontinuierlich erhöht – seit 2007 auf jährlich über 300.000 Euro. Zahlreiche Projektanträge seitens der Vertriebenenverbände zeigten den großen Bedarf und bestätigten, dass diese Fördermittel an den richtigen Stellen ankommen. Westkämper: „Flucht und Vertreibung sind Themen, die gerade die Menschen hierzulande in besonderem Maße berühren. Ein Viertel der nordrhein-westfälischen

Bevölkerung hat heute seine Wurzeln in der Heimat der Vertriebenen. Die Kulturförderung leistet einen wichtigen Beitrag dazu, das Bewusstsein hierfür lebendig zu halten.“

Ein weiteres wichtiges Signal sei die Beflagung zum Tag der Heimat. In Nordrhein-Westfalen gelte sie nun wieder für alle Landesbehörden und nachgeordneten Dienststellen. „Die Erlebnisgeneration von Flucht und Vertreibung ist altersbedingt immer weniger vertreten. Umso wichtiger ist es, durch eine lebendige Erinnerungskultur die Zukunft nachhaltig zu gestalten“, so Westkämper. Aus diesem Grund werde das Themenfeld „Flucht und Vertreibung“ nun auch zu einem festen Bestandteil im nordrhein-westfälischen Schulunterricht.

Westkämper bezeichnet diese Maßnahmen als „wichtige Schritte in die richtige Richtung“. Die Zwischenbilanz falle durchweg positiv aus: „Wir haben die Förderung der Kultur der Heimatvertriebenen tatsächlich auf eine neue Grundlage gestellt.“

Westkämper bezeichnet diese Maßnahmen als „wichtige Schritte in die richtige Richtung“. Die Zwischenbilanz falle durchweg positiv aus: „Wir haben die Förderung der Kultur der Heimatvertriebenen tatsächlich auf eine neue Grundlage gestellt.“

„Exotisches Siebengebirge“ auf den Fluren der FDP-Fraktion

Unter dem Titel „Exotisches Siebengebirge“ stellt der nordrhein-westfälische Künstler Alfred Karl Maria Kreutzberg auf den Fluren der FDP-Landtagsfraktion und im FDP-Foyer seine Werke aus. Zur Vernissage folgten weit über



100 Gäste der Einladung der Fraktion. „Kunst wäscht den Staub des Alltags von der Seele“: Mit diesem Pablo Picasso zugeschriebenen Zitat eröffnete Gerhard Papke, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, die Ausstellung. „Durch seine

Motivwahl unterstreicht der Künstler sein Zugehörigkeitsgefühl zu seinem sozialen Umfeld, seiner Heimatregion und den Menschen, die dort leben“, betonte Papke. „Seit Kreutzberg malt, gibt es für ihn keinen Tag ohne Kunst. Auch als vor vielen Jahren die Parkinson Krankheit bei ihm diagnostiziert wurde, trübte das in keiner Weise

seine Leidenschaft zu malen“, sagte Papke. Die Krankheit habe vielmehr seine Kreativität eher verstärkt. Diese Kreativität findet der Betrachter in den über 60 ausgestellten Bildern. Zur Ausstellungseröffnung gab Alfred Kreutzberg sehr persönliche Einblicke in seine Arbeit und die Entstehungsgeschichte einzelner Bilder. Etwa, dass der immer wiederkehrende Drachenfels für ihn ein nahezu heiliger Ort sei, an dem er zur Ruhe findet. Auch berichtete er, dass manches Bild ganz anders geplant war. „Man muss diese Bilder auf sich wirken lassen, und kommt damit dem Künstler und der Persönlichkeit Alfred Kreutzberg näher – wie er selber gesagt hat: ‚wer meine Bilder sieht, kennt mich‘“, erläuterte Fraktionschef Gerhard Papke.

AKM Kreutzberg ist inzwischen der zwölfte Künstler, der in der laufenden Legislaturperiode auf Einladung der FDP-Fraktion im Landtag ausstellt. Die Ausstellung ist bis zum 28. Oktober zu sehen. Besichtigung nach Anmeldung unter: 884 4422.



Volles Haus beim Sommerempfang der SPD-Landtagsfraktion



Rund 650 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und gesellschaftlichen Gruppen begrüßte Fraktionschefin Hannelore Kraft Ende August zum Sommerempfang der SPD im Düsseldorfer Landesparlament. Premiere feierte dabei die neue Terrasse des Landtags mit dem

herrlichen Ausblick. Dort diskutierten die SPD-Abgeordneten bei Grillwurst und Salaten viele Stunden mit den Besucherinnen und Besuchern. „Volles Haus, gutes Wetter und interessante Gespräche“, schwärmten die Gäste noch zu später Stunde.



Die Schule im Dorf lassen!



Der Dortmunder Bildungsforscher Dr. Ernst Rösner war im August Gast in der Grünen Fraktion. Er stellte Daten zur demographischen Entwicklung vor. So wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler bis 2020 um ein Viertel zurückgehen. Allein diese Tatsache macht das Aufrechterhalten eines mehrgliedrigen Schulsystems vor allem in der Fläche unmöglich. Wer die Schule im Dorf behalten wolle, komme nicht umhin, längeres gemeinsames Lernen vor Ort zu ermöglichen und Bildungsgänge zusammenzuführen. Dies dürfe aber nicht nur auf die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen beschränkt sein – auch weil Hauptschulen und zunehmend auch Realschulen überproportional von sinkenden Schülerzahlen betroffen seien. Eltern wollen die Schullaufbahn für ihre Kinder offenhalten und wünschen gymnasiale Standards. Dr. Rösner stellte das von ihm entwickelte erfolgreiche schleswig-holsteiner Modell der Gemeinschaftsschule vor.

Ein weiterer Diskussionspunkt war der Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule. Es sei wissenschaftlich unhaltbar, über Kinder im Alter von neun Jahren eine Aussage über die Bildungsentwicklung und die vermeintlich passende Schulform zu treffen. Die verbindlichen Grundschulempfehlungen seien nichts anderes als „staatlich verordnete Hellseherei“. Die Bildungschancen werden zudem regional höchst unterschiedlich verteilt: So wechseln Kinder in Schermbeck oder Hille zu über 90 Prozent auf eine Schule, die bis zum Abitur führe. In Eslohe und Beelen seien es dagegen nur 21 Prozent. Man könne doch nicht ernsthaft davon ausgehen, dass die Begabung oder Intelligenz der Kinder der Grund für solche regionalen Unterschiede sei, so Rösner. Zudem hatten zwei Drittel der Kinder, die an Gesamtschulen Abitur gemacht haben, nach der vierten Klasse keine Gymnasialempfehlung.

Mit seinen Forschungsergebnissen stärkt der Wissenschaftler die langjährigen grünen

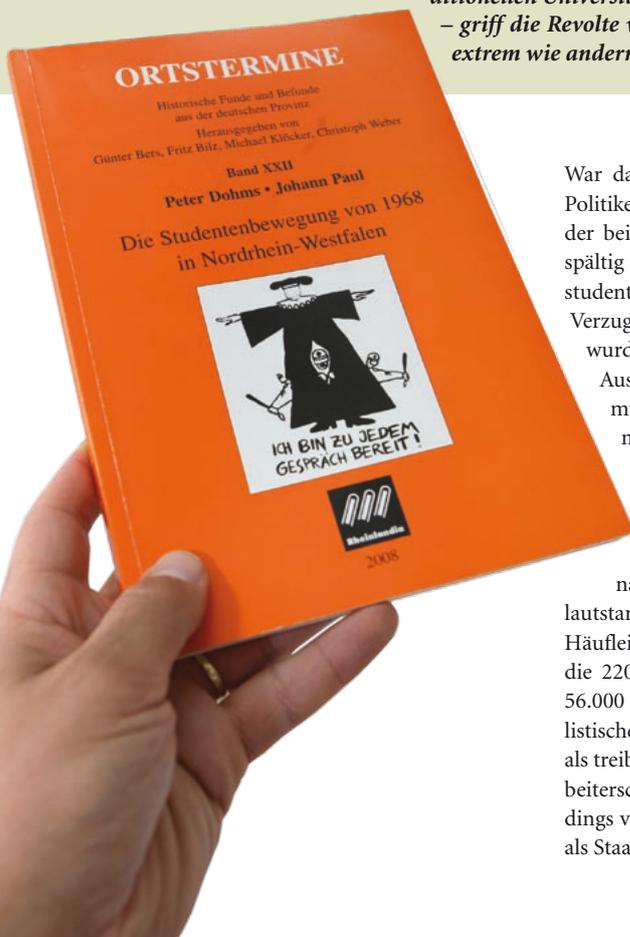


Forderungen nach längerem gemeinsamem Lernen. Die Landesregierung muss endlich ihre Bildungsblockade aufgeben und sich den Fakten stellen. Die Politik von CDU und FDP verhindert gerade vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung zwangsläufig Chancengleichheit und bessere individuelle Leistungen.

Verspätet und gemäßigt

Studie beleuchtet Studentenprotest 1968 in NRW

Gerade 40 Jahre ist es her, dass in Nordrhein-Westfalen gegen reformunwillige Universitäten und für bessere Studienbedingungen demonstriert wurde. Aber kein Vergleich mit Frankfurt, München oder Berlin: Auf die Hochschulen an Rhein und Ruhr – dabei geht es um die vier traditionellen Universitäten Bonn, Köln, Aachen und Münster – griff die Revolte verzögert über, und sie verlief nicht so extrem wie andernorts.



War das der Erfolg der nordrhein-westfälischen Politiker und ihrer Hochschulpolitik? Das Urteil der beiden Autoren Dohms und Paul fällt zwiespältig aus. In ihrer Studie stellen sie fest, dass die studentische Protestbewegung in NRW erst mit Verzug von der Politik richtig wahrgenommen wurde. Anfangs sah man sie eine Zeit lang als Ausfluss einer internationalen Proteststimmung der Jugend an. Andererseits wiegte man sich in dem Glauben, viele der von den Studierenden verlangten Reformen seien im Land ohnehin schon auf dem Weg gebracht worden.

Dass die Unruhe trotzdem nicht abnahm, dafür wurde dann ein kleines, aber lautstarkes und in den Medien herausgestelltes Häuflein verantwortlich gemacht. Gerade mal an die 220 Studierende gehörten unter den damals 56.000 NRW-Studenten dem SDS an, dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund. Ihn sah man als treibende Kraft an, der das Bündnis mit der Arbeiterschaft – zur Erleichterung der Politik allerdings vergeblich – suchte und der die Demokratie als Staatsform ablösen wollte.

Die Landespolitik erscheint in dieser Zeit merkwürdig unentschlossen, urteilen Dohms und Paul. Als es nicht mehr ging, Institutsbesetzungen, Sitzungssprengungen, Sit-ins, Vorlesungsstreik und öffentlichen Protest als Angelegenheiten der Universitäten zu begreifen, mit denen sie im Rahmen ihrer Hochschulautonomie fertig zu werden hatten, kam die Gesetzesmaschinerie in Gang. Erste Lesung des Landeshochschulgesetzes am 23. April 1969; Inkrafttreten 1970. Die strittigen Themen, die zur Regelung anstanden, waren verfasste Studentenschaft, Zwangsmitgliedschaft der Studierenden und allgemeinpolitisches Mandat. Danach auf Bundesebene der Radikalerlass.

Gut die Hälfte des Buchs, zu dem der Landtag einen Druckkostenzuschuss gegeben hat, widmet sich der Analyse der speziellen Proteste an den vier Landesuniversitäten. Bei aller Unterschiedlichkeit gelangen die Autoren zu dem Schluss, dass für die besondere Spielart des nordrhein-westfälischen Studentenprotests (verspätet und relativ still und gemäßigt) nicht zuletzt das soziale Umfeld, der Fächerkanon der Hochschulen und die mentale Befindlichkeit der Studenten ausschlaggebend waren.

Trotz mancher Auswüchse, so der Schluss der Autoren, hat der Studentenprotest eine überfällige Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft eingeleitet.

Jürgen Knepper

Peter Dohms und Johann Paul: Die Studentenbewegung von 1968 in Nordrhein-Westfalen. 152 Seiten. Band XXII der Reihe Ortstermine. Hrsg. Günter Bers, Fritz Biltz, Michael Klöcker, Christoph Weber. Rheinlandia Verlag Siegburg 2008. ISBN 978-3-938535-53-0

Europäische Begegnung in Ungarn

Mit einer viertägigen Reise nach Ungarn haben Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen die partnerschaftlichen Beziehungen der beiden Länder in Politik, Wirtschaft und Kultur weiter gestärkt. Die Mitglieder der Visegrád-Gruppe Horst Westkämper (Gruppenvorsitzender, vorne links), Lothar Hegemann (hinten rechts), Horst Ellinghaus (hinten Mitte), Gabriele Sikora (vorne, zweite von rechts) sowie die Präsidentin des Landtags NRW, Regina van Dinter, kamen unter anderem mit der ungarischen Parlamentspräsidentin, Katalin Szili, zusammen. Ein weiteres Kernstück der Reise war der Besuch der 1.000 Jahre alten Stadt Visegrád, in der sich 1991 die Staatshäupter aus Ungarn, Polen und der damaligen Tschechoslowakei zur engen Zusammenarbeit in Europa entschlossen. Dort trafen die Gäste aus NRW mit Bürgermeister Sándor Hadházy zusammen (vorne, zweiter von links). An den Gesprächen in Ungarn nahmen zudem der ungarische Generalkonsul Tamás Antal Mydlo (vorne rechts) und zahlreiche Vertreter nordrhein-westfälischer Unternehmen teil. Die Visegrád-Gruppe des Landtags engagiert sich seit 2007 für die Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu den osteuropäischen Staaten.



Porträt: Helene Hammelrath (SPD)



Wer die Homepage von Helene Hammelrath besucht, findet nicht nur Informationen über die SPD-Abgeordnete und ihre politischen Aktivitäten, sondern auch gleich noch Kochrezepte und Verbrauchertipps. Unter dem Link „Futter für's Volk“ gibt es bei der Parlamentarierin jede Woche neue Kochvorschläge und Nützliches für den Haushalt. Die Rezepte sind auch in gedruckter Form als kleine rote Kochbücher zu haben. Helene Hammelrath verteilt die Büchlein als Visitenkarte in ihrem Rheinisch-Bergischen Wahlkreis. „Kochen hat zwar nicht direkt etwas mit Politik zu tun. Aber mit Rezepten ist es ein wenig wie in der Politik. Beim Kochen soll es am Ende schmackhaft sein. Auch für eine erfolgreiche Politik benötigt man gute Rezepte“, meint die SPD-Politikerin.

Die 1950 in Bensberg geborene SPD-Politikerin ist zwar erst seit 2005 im NRW-Landtag, doch sie ist schon Vollprofi. „Mir ist es ganz wichtig, mich um Probleme der Bürgerinnen und Bürger zu kümmern“, beschreibt sie den Schwerpunkt ihrer Arbeit. Folgerichtig macht sie ihre Wahlkreisarbeit beim Bürger vor Ort. „Die Termine werden mit meinem Wahlkreisbüro abgesprochen, aber ich treffe mich grundsätzlich mit den Menschen dort, wo sie leben. Da lasse ich mir die Probleme hautnah vorführen und sehe sofort, worum es geht“, erläutert sie ihre Arbeitsweise.

Als Mitglied im Wirtschaftsausschuss geht es dabei häufig um den Erhalt von Arbeitsplätzen, die Ansiedlung von Unternehmen, aber auch verkehrstechnische Fragen. Wie heimatverbunden die SPD-Frau ihre Mandatsarbeit angeht, zeigt sich darin, dass sie vom Finanzausschuss in den Sportausschuss wechselte, um die Sportaktivitäten ihres Hand- und Fußballbegeisterten Wahlkreises besser unterstützen zu können. Und natürlich ist Helene Hammelrath auch selber Mitglied in einem Fußballverein.

Als jüngstes von zwölf Kindern hat sie ein realistisches Lebensbild und früh gelernt, das

Beste aus jeder Situation zu machen. Ihre Familie wurzelt in einem christlich-katholischen Umfeld und ihre Eltern standen dem Zentrum nahe. Der Vater war Kaufmann und parteipolitisch ungebunden, allerdings ein strikter Gegner des Nationalsozialismus, was während des Dritten Reiches zu vielerlei Schwierigkeiten für die Familie führte. „Weil mein Vater offen seine Meinung äußerte, schwebte immer ein Damoklesschwert über ihm“, weiß die SPD-Politikerin und fügt stolz hinzu: „Aber ich bin sehr glücklich, dass meine Eltern so waren, wie sie waren.“

Helene Hammelrath machte nach dem Abitur eine Banklehre bei der Kreissparkasse Köln, wurde Bundesbankbetriebswirtin, wechselte wieder in die freie Wirtschaft zum Genossenschaftsverband Rheinland und ging danach zur Bank für Sozialwirtschaft. 1992 gründete sie die Bürgerschaftsbank für Sozialwirtschaft in Köln und ist seither deren Geschäftsführerin. Voller Überzeugung sagt sie: „Ich bin mit Leib und Seele Bankerin“.

Durch das politisch wie sozial engagierte Elternhaus hatte Helene Hammelrath schon früh einen Bezug zu politischen Dingen. Sie entschied sich für die SPD als politische Heimat. 1976 trat sie in die Partei ein, drei Jahre später saß sie im Rat der Stadt Bergisch Gladbach, war Mitglied der Arbeiterwohlfahrt und Mitglied der Gewerkschaft ver.di. Seit 1991 ist Helene Hammelrath stellvertretende Bürgermeisterin. 2000 fehlten ihr ein paar hundert Stimmen zum Einzug in den NRW-Landtag, fünf Jahre später klappte es über die Landesliste. Inzwischen ist sie so gut im Geschäft, dass sie, sofern die Partei zustimmt, 2010 gern noch einmal für den Landtag kandidieren möchte.

Über ihre zahlreichen Funktionen in der Kommunalpolitik kam die SPD-Politikerin auch zum Karneval: „Der Aufsichtsrat der BELKAM, dem ich angehörte, wurde 1999 angesprochen, ob wir uns vorstellen könnten, das Dreigestirn für Bergisch Gladbach zu stellen; wir haben nach kurzem Überlegen zugesagt.“ Als einzige Frau im Gremium übernahm Helene Hammelrath die Rolle der Jungfrau. „Damals wussten wir nicht, auf was wir uns da eingelassen hatten. Wir hatten 148 Auftritte in kürzester Zeit. Es war unbeschreiblich“, erinnert sie sich. Heute ist sie nur noch inaktives Mitglied, geht aber natürlich zu Sitzungen und auch den heimatlichen Zug anschauen.

Ihre Freizeitaktivitäten bezeichnet die SPD-Abgeordnete als „zwangsläufig etwas dürrtig“. Sie kocht gern, hat einen Lebensgefährten, der sie in allem unterstützt, und sie versucht, sich jede Woche ein wenig Zeit freizuschaukeln, um sich um ihre zwei Patenkinder zu kümmern. „Mit dem kleinen Vierjährigen verbringe ich ein paar Stunden auf dem Bauernhof oder unternehme sonst etwas mit ihm.“

Gerlind Schaidt

FCL: Hart erkämpfter Sieg in Hamm



Sehr offensiv ausgerichtet trat der FC Landtag NRW in Hamm gegen die dortige Promi-Auswahl an. Das spielstarke Mittelfeld mit Stojan Petrov, Ibi Filinte, Norbert Stiens und Oleg fütterte die Spitzen Hubert Kleff, Oskar Burkert, Walter Kern und Willi Nowack mit Vorlagen. Auch Jens Harmeier in der Abwehrkette interpretierte seine Rolle durchaus offensiv. Das gab den Hammer Kickern um den Bundestagsabgeordneten Laurenz Meyer Gelegenheit zu Kontern. Ein Schuss an die Querlatte war eine deutliche Warnung an die Defensivabteilung des FCL mit Stefan Romberg, Wolfgang Euteneuer und Hans Zinnkann. Dennoch: Der FCL hatte ein eindeutiges Übergewicht, konnte aber kein Kapital daraus schlagen. Endlich dann doch die Führung: Gewühl im Strafraum nach einer Ecke, die Kugel prallte hin und her, fiel schließlich zwei Meter vor der Torlinie vor die einschussbereiten Füße von Walter Kern. In der zweiten Halbzeit erhöhte der FCL den Druck. Die Hammer kamen nur einmal noch über die Mittellinie und prompt fiel der Ausgleich – eine kraftvolle Einzelleistung der gefährlichen Hammer Sturm spitze. Nun berannte der FCL das gegnerische Tor. Turbulente Szenen im Hammer Strafraum, Freistöße, die Latte rettete. Es sah nach einer für den FCL unbefriedigenden Punkteteilung aus. Erst ein Elfer, den Stojan Petrov verwandelte, brachte die Führung. Die Hammer bäumten sich noch einmal auf, doch die Schlussphase überstand der FCL unbeschadet. Ein mühsam erkämpfter Sieg. Damit bewegt sich der FCL ins Mittelfeld der Tabelle. *Hans Zinnkann*

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion) Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw) Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), 884-2450 (dd) und 884-2137 (sw) Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 2. September bis 6. Oktober 2009

2.9. Schick, Thorsten (CDU)	38
11.9. Kordowski, Gabriele (CDU)	56
15.9. Dr. Berger, Stefan (CDU)	40
16.9. Altenkamp, Britta (SPD)	45
17.9. Brunn, Anke (SPD)	67
17.9. Dr. Hachen, Gerd (CDU)	57
21.9. Hilser, Dieter (SPD)	56
24.9. Wittke, Oliver (CDU)	43
26.9. Schittges, Winfried (CDU)	63
27.9. Ruff-Händelkes, Monika (SPD)	49
27.9. Dr. Petersen, Jens (CDU)	39
29.9. Schulze, Svenja (SPD)	41

Ehemalige Abgeordnete*

2.9. Lieven, Wilhelm (CDU)	75
6.9. Jentsch, Jürgen (SPD)	70
6.9. Dr. Vollmann, Wilhelm (SPD)	70
13.9. Schauerer, Hartmut (CDU)	65
17.9. Grünschläger, Richard (SPD)	80
17.9. Appelt, Jutta (CDU)	70
26.9. Soénius, Heinz (CDU)	80
28.9. Ridder-Melchers, Ilse (SPD)	65

* besondere Geburtstage ab 65

verstorben

22.8.2009, Dr. Petermann, Bernd (CDU),
MdL 1970-1980

Termine

Ökumenische Andacht: Am 10. September 2009 um 9.00 Uhr im Raum E 3 Z 03.

9.-18. September 2009 Ausstellung mit Stickereibildern der chinesischen Provinz Sichuan

14.-18. September 2009 Ausstellung Farben der Türkei

20. September 2009 Veranstaltung und Angebote zum Weltkindertag, 12.00 – 18.00 Uhr

2. Oktober 2009 Teilnahme des Landtags NRW am Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit in Saarbrücken

Besuchersonntag: 13. September, 27. September, 4. Oktober 2009, jeweils von 11.00 – 16.00 Uhr

Landtag Intern erscheint wieder zum nächsten Plenum am 7. Oktober 2009.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Elephantastisch!

Nordrhein-Westfalen feierte seinen 63. Geburtstag, und der Landtag NRW feierte mit. Auf dem NRW-Tag in Hamm schlug das Landesparlament Ende Juni seine Zelte auf. Über 700.000 Besucherinnen und Besucher strömten an zwei Tagen in die Lippestadt, um ein buntes Unterhaltungs- und Kulturprogramm zu erleben. Im Zelt des Landtags konnten sie mit Abgeordneten der vier Landtagsfraktionen ins Gespräch kommen, sich über die Arbeit des Petitionsausschusses informieren und als Andenken einen Landtagschip mit persönlicher Gravur erhalten. Das Hammer Motto des NRW-Tags beschreibt am besten die ausgelassene Stimmung auf den Straßen und Plätzen der Stadt: Elephantastisch!